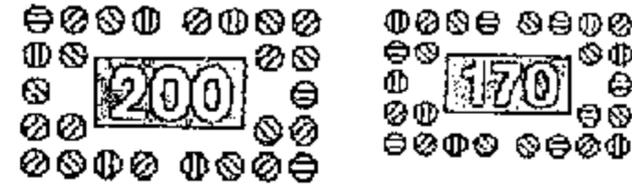
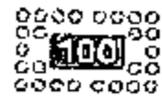


# Europa-Wahlprogramm 1984.



DIN 19 051

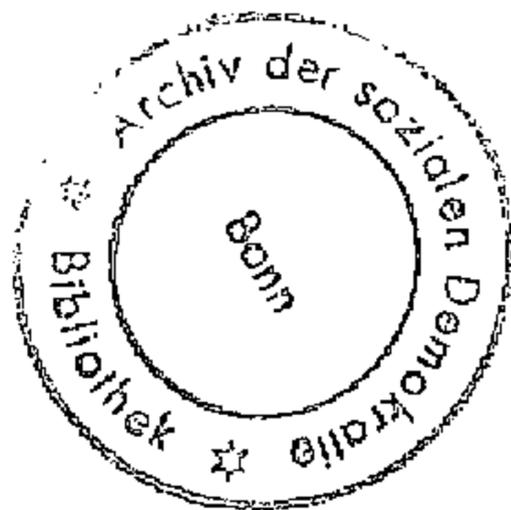


**SPD**   
Macht Europa stark.

# **Europa- Wahlprogramm 1984**

**Für ein starkes  
und solidarisches Europa**

Beschlossen auf der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission am 14. Februar 1984 in Fellbach



A84 4313

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information,  
 5300 Bonn 1  
 Bestell-Nr. 390596  
 Druck: Courir-Druck, Königswinterer Straße 115, 5300 Bonn 3  
 2-84-A 1-30

# Inhalt

	Seite
<b>I. Unsere Welt braucht ein starkes und seiner selbst sicheres Europa</b> .....	<b>5</b>
1. Für die Fortsetzung einer guten Tradition	5
2. Für ein Europa der Bürger .....	6
3. Für ein Europa der Reformen .....	9
<b>II. Ein starkes und solidarisches Europa kann etwas tun für unsere Sicherheit</b> .....	<b>12</b>
1. Für aktive Friedens- und Entspannungspolitik .....	12
2. Für engagierte Partnerschaft im Nord-Süd-Dialog .....	16
3. Für Europa als ausgleichender Faktor in der Weltpolitik .....	18
<b>III. Ein starkes und solidarisches Europa kann sich wirtschaftlich behaupten, auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit</b> .....	<b>22</b>
1. Für einen europäischen Beschäftigungspakt .....	22
2. Für eine europäische Industrie- und Technologiestrategie .....	24
3. Für Arbeitsplätze durch vorausschauende Strukturpolitik .....	27
4. Für eine beschäftigungsfördernde und umweltfreundliche Energiepolitik .....	30
5. Für mehr Arbeitsplätze durch kürzere Arbeitszeit .....	32
6. Für Humanisierung und Mitbestimmung in der Arbeitswelt .....	34
7. Für die Berufschancen junger Menschen .....	37

8. Für offene Märkte, aber gegen das Diktat des Weltmarktes .....	39
9. Für gerechte Entwicklungschancen in allen Regionen Europas .....	41
10. Für eine europäische Währungszone ..	43
<b>IV. Ein starkes und solidarisches Europa kann gleiche Rechte der Frauen durchsetzen und sichern .....</b>	<b>44</b>
<b>V. Ein starkes und solidarisches Europa kann den Weg weisen zum Frieden mit der Natur .</b>	<b>50</b>
1. Für Frieden mit der Natur .....	51
2. Für mehr Arbeitsplätze durch aktiven Umweltschutz .....	54
3. Für die Interessen der Verbraucher .....	55
<b>VI. Um stark und solidarisch zu werden, muß Europa seinen Agrarmarkt vernünftiger gestalten und mit den Finanzmitteln rationeller umgehen .....</b>	<b>57</b>
1. Kritik an der EG-Agrarpolitik .....	57
2. Reform der Agrarpolitik .....	61
3. Für eine sinnvollere Verwendung der Finanzen .....	64
<b>VII. Unsere Zeit braucht ein demokratisches Europa .....</b>	<b>67</b>
1. Für die Ausweitung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments .....	67
2. Für Zusammenarbeit über die EG hinaus	70
3. Für soziale Demokratie in Europa .....	73
Stichwort-Verzeichnis .....	75
Bestell-Coupon .....	79

## I. Unsere Welt braucht ein starkes und seiner selbst sicheres Europa

Wir Sozialdemokraten treten zur zweiten direkten Wahl des Europäischen Parlamentes an, indem wir nüchtern Bilanz ziehen, neue Perspektiven für die Einigung Europas entwickeln und Wege zeigen, die aus den Fehlentwicklungen des europäischen Einigungsprozesses herausführen. Uns auf diesen Wegen voranzuhelfen, darum bitten wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

### 1. Für die Fortsetzung einer guten Tradition

Wir Sozialdemokraten bekennen uns vor der zweiten direkten Wahl des Europäischen Parlamentes heute wie in unserem Heidelberger Programm vor 58 Jahren zu den Vereinigten Staaten von Europa. Die Europäische Gemeinschaft ist für uns ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel. Wir wollen daran mitarbeiten, daß aus einer Wirtschaftsgemeinschaft eine Europäische Friedensgemeinschaft wird. Sie muß den Frieden verwirklichen und sichern helfen durch mehr Gerechtigkeit nach innen wie nach außen, durch Frieden mit der Natur, durch Zusammenarbeit zwischen Staaten und Völkern. Sie kann aus ihrer kulturellen Vielfalt, aus den Ideen des Christentums, der Aufklärung und des Humanismus, aus den Traditionen demokratischer Freiheit und sozialer Rechtsstaatlichkeit eine Alternative entwickeln zu menschenverachtender Ellenbogengesellschaft und zu freiheitsfeindlichem Staatskapitalismus.

Eine starke Gemeinschaft kann den Europäern den Weg zu einer eigenständigen europäischen Lebens-

weise eröffnen. Eine solidarische Europäische Gemeinschaft stärkt die Kräfte des Ausgleichs und der Zusammenarbeit in der Welt, sie entspricht den Hoffnungen und Wünschen ihrer Bürger und sichert die Zukunft der Menschen auf unserem Kontinent.

Für uns Deutsche ist die Einigung Europas ohne Alternative. Eine in Europa und damit in der Welt isolierte Bundesrepublik wäre politisch und ökonomisch nicht lebensfähig. Wir brauchen die politische Absicherung durch unsere Partner in der Gemeinschaft. Wir brauchen den großen gemeinsamen Markt von 270 Millionen Europäern für unseren Export und damit zur Sicherung unserer Arbeitsplätze. Die Europäische Gemeinschaft liegt im deutschen Interesse.

Unser Programm für die zweite europäische Direktwahl 1984 gilt für die zweite Hälfte der achtziger Jahre. Es steht in der Tradition unseres Godesberger Grundsatzzprogramms und späterer Parteitagebeschlüsse. Dies gilt besonders für das Kölner Europaprogramm von 1978 und das Dortmunder Programm zur Bundestagswahl 1983.

## 2. Für ein Europa der Bürger

Das Europäische Parlament hat im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten erfolgreich gearbeitet. Von der Sozialistischen Fraktion, zu der die deutschen Sozialdemokraten gehören, sind wichtige Initiativen ausgegangen:

- **Widerstand gegen die amerikanische Embargo-Politik:**  
Mit großer Mehrheit hat es den europäischen Regierungen den Rücken bei der Fortführung des Erdgas-

Röhrengeschäfts gegen US-Präsident Reagan gestärkt.

- **Erweiterung der sozialen Absicherung in der Stahlindustrie** bei notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen. Es hat allein 1983 für Sozialmaßnahmen zusätzlich 475 Millionen DM bereitgestellt. Das kommt u. a. auch der deutschen Stahlindustrie zugute.
  - **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** durch Konzentration der Finanzmittel aus dem Regionalfonds und dem Sozialfonds auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Erste Fortschritte aufgrund einer Sondersitzung des Europäischen Parlaments im April 1983.
  - **Bericht über die Situation der Frauen in der EG.** Ergebnis:  
Die einzelstaatlichen Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung sind unzureichend. Auch die Bundesrepublik verstößt gegen die EG-Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen.
  - **Stop der EG-Finanzhilfe für die Türkei** bis dort die Menschen- und Bürgerrechte wieder hergestellt sind.
  - **Kontrolle der Brüsseler Bürokratie:** eine Reihe von Verschwendungen wurden abgestellt, seit 1980 fast 1 Milliarde DM eingespart.
- Zur Bilanz gehört aber auch, daß es in der ersten Wahlperiode des Europäischen Parlaments nicht gelungen ist,
- die Europäische Gemeinschaft zu einem wichtigen Faktor im Kampf gegen die Krise werden zu lassen;

- die Einwirkungsmöglichkeiten der Bürger durch die direkte Volksvertretung entscheidend zu vergrößern;
- die europäischen Entscheidungen für die Bürger verständlicher zu machen;
- die Gemeinschaft den Bürgern näherzubringen.

Viele Menschen, die durchaus für Europa sind, können nur schwer etwas mit der Europäischen Gemeinschaft anfangen; für manche ist sie der Inbegriff von Bürokratismus und unzweckmäßiger Verwendung öffentlicher Mittel, für andere der Inbegriff von Fehlentwicklungen unserer Industriegesellschaft.

Trotz aller Anstrengungen ist es noch nicht gelungen, dem Europäischen Parlament die Zuständigkeiten zu verschaffen, die es zu einem entscheidenden Faktor bei der Bewältigung der Aufgaben der Gemeinschaft machen könnten. Zu wichtigen Fragen hat das Europäische Parlament nur Forderungen aufstellen und Empfehlungen verabschieden können, die am Widerstand oder an der Entscheidungsuntätigkeit des Ministerrats gescheitert sind. Wir halten an diesen Forderungen fest. Das gilt insbesondere für:

- die gemeinschaftlichen Bemühungen um mehr und gemeinsamen Umweltschutz und um wirksamere europäische Regional- und Sozialpolitik;
- das „Europa im Alltag“, z. B. dem Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft.

Die schlimmste Fehlentwicklung der Europäischen Gemeinschaft ist ihre Agrarpolitik. Sie verschlingt rund 70 % des Gemeinschaftshaushaltes und läßt kaum

noch Raum für die Finanzierung anderer Aktivitäten. Sie vergeudet durch ihre Überschüsse erhebliche Steuergelder.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament bemühen sich seit Jahren um eine Neuorientierung dieser verfehlten Politik. Die CDU/CSU und die FDP haben jedoch bei den jährlichen Agrarpreisbeschlüssen für Preissteigerungen bis zu 14 % und 16 % gestimmt.

### 3. Für ein Europa der Reformen

25 Jahre nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft ist also – trotz des Beitritts weiterer Mitgliedstaaten und bei gewachsenem weltpolitischem Gewicht – nicht nur das Erreichte in Gefahr geraten, sondern die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsländer haben sich zunehmend als unfähig erwiesen, dem inneren und äußeren Strukturwandel gerecht zu werden.

Die Europäische Gemeinschaft braucht daher eine gründliche Reform. Sie muß in die Lage versetzt werden, den Herausforderungen, die den Völkern Westeuropas gemeinsam gestellt sind, gemeinsam zu begegnen:

- einen Weg zu finden aus der schweren Krise der Weltwirtschaft, von der auch alle europäischen Völker schwer getroffen sind;
- den Niedergang traditioneller Industrien, der sich bei zunehmender Auseinanderentwicklung zwischen armen und reichen Regionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft vollzieht, durch eine neue Industriepolitik und qualitatives Wachstum und sozial- wie umweltverträgliche Innovationen aufzufangen und auszugleichen;

- der Gefährdung des inneren Friedens durch die Arbeitslosigkeit von zur Zeit 12 Millionen Menschen, Frauen und Jugendlichen in besonderem Maße, zu begegnen;
- der Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens, der Raubbau an Rohstoffen, die Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden, die die Zukunft der Menschen gefährden, Einhalt zu gebieten;
- dem Rückfall in eine Politik der Konfrontation zwischen Ost und West, der erweiterten Kluft zwischen den reichen und industrialisierten Völkern des Nordens und den armen und hungernden Völkern des Südens, der Fortdauer einer weltweiten Hochrüstung, die den äußeren Frieden gefährdet, entgegenzutreten.

In dieser Lage muß sich die Europäische Gemeinschaft bewähren. Sie muß den Prozeß der Entsolidarisierung und Renationalisierung stoppen, die Initiative zur Reform und Erneuerung ergreifen und die Handlungsfähigkeit und Entscheidungsfähigkeit des Ministerrats wieder herstellen.

Mit der zweiten Direktwahl bestimmen die Bürger Europas die Mehrheiten im Europäischen Parlament. Mit ihrer Stimme für die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland bekunden sie ihren Willen, den Einfluß der Bürger auf die Gestaltung der europäischen Politik zu erweitern, die Gemeinschaft zu stärken und ihr neuen Schwung zu geben und sie besser als bisher auf die Lösung der gemeinsamen Probleme der europäischen Völker einzustellen. Wir stellen in den Mittelpunkt

- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, durch die der Gemeinschaft Renationalisierung und Zerfall, den Menschen Hoffnungslosigkeit und Entsolidarisierung drohen;
- den Schutz und die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt, den sorgsamem Umgang mit Rohstoffen und Energie, damit unser Kontinent lebensfähig und bewohnbar bleibt;
- die Sicherung des Friedens durch immer engere Zusammenarbeit nach innen und eine Politik der Verständigung und des Ausgleichs nach außen;
- die Reform der Agrarpolitik, um die Gemeinschaft vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren.

Bei der Wahl des Europäischen Parlamentes können die Bürger Europas durch ihre Stimmabgabe deutlich machen, daß sie eine erneuerte, starke und solidarische Gemeinschaft wollen. Mit den Mehrheiten, die sie für das Europäische Parlament bestimmen, beeinflussen sie den Weg der Gemeinschaft zu mehr Gerechtigkeit im innern und Frieden nach außen.

## **II. Ein starkes und solidarisches Europa kann etwas tun für unsere Sicherheit**

Der Prozeß der europäischen Einigung, angelegt auf Zusammenarbeit, Partnerschaft und friedliches Miteinander, hat in Westeuropa zu einer Friedensordnung beigetragen, die einen Krieg zwischen den durch sie verbundenen Staaten schon lange unvorstellbar gemacht hat.

Aber die Europäische Gemeinschaft kann auch eine wichtige Rolle spielen für den Frieden in der Welt für den gewaltfreien Ausgleich zwischen den Staaten. Mit ihrer Handels- und Entwicklungspolitik ist die EG ein beachtlicher Partner im Nord-Süd-Dialog, dessen Bedeutung im weltweiten Konflikt zwischen Arm und Reich wächst. Sie kann ihren Beitrag dazu leisten, daß der Konflikt zwischen Ost und West nicht immer mehr auf die Dritte Welt übertragen wird. Sie kann als ausgleichende Friedensmacht in den internationalen Beziehungen wirken und zur friedlichen Regelung von Konflikten durch Kooperation und Kommunikation beitragen. Und schließlich muß die EG, indem sie eine weithin gemeinsame Außenpolitik anstrebt, zu einer Neubeschreibung ihrer Sicherheitsinteressen kommen.

### **1. Für aktive Friedens- und Entspannungspolitik**

Oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt die Sicherung des Friedens, denn ohne Frieden droht jede sinnvolle menschliche Entwicklung aufzuhören. Zu aktiver Friedenspolitik gehören für uns Sicherheit und Entspannung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstungspolitik und das Bemühen um Sicherheitspartnerschaft.

Der nukleare Rüstungswettlauf muß gestoppt werden. Immer lauter und drängender, quer durch die Völker geht der Ruf an die nuklearen Supermächte. Die deutschen Sozialdemokraten sind an der Seite derer, die dem Wahnsinn des Wettrüstens ein Ende bereiten wollen.

Das Europäische Parlament – mit den deutschen Sozialdemokraten – hat auf die wachsende sicherheitspolitische Gefährdung Europas hingewiesen und sucht nach eigenständigen politischen Lösungen. Wir setzen uns ein für eine vertiefte und erweiterte Koordinierung der Außenpolitik der EG-Staaten mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Zu ihr muß auch ein eigenes europäisches Sicherheitskonzept gehören, das die Eigenheiten der europäischen Völker zu schützen geeignet ist, den besonderen Gegebenheiten auf unserem Kontinent entspricht und dafür sorgt, daß in seinen beiden Teilen nicht immer mehr, sondern immer weniger Kernwaffen gelagert werden.

Die europäischen und die amerikanischen Sicherheitsinteressen liegen häufig auf einer Linie, sie sind aber nicht identisch. Das hat besonders deutlich die Diskussion um die künftige militärische Strategie des Bündnisses gezeigt. Der Nordatlantikpakt bleibt die Grundlage der gemeinsamen Sicherheit. Regionale, geopolitische, auch gesellschaftliche Interessen und Entwicklungen machen es jedoch notwendig, daß der Beitrag Europas zum Konzept der westlichen Sicherheit mehr und mehr einen spezifischen Charakter annimmt. Zum Fortbestand der westlichen Bündnisstruktur gehört die Entwicklung dieser europäischen Dimension. Denn das nordatlantische Bündnis zerbricht nicht am Prozeß der europäischen Emanzipation. Es könnte aber da-

durch gefährdet werden, daß sich die Bürger der zu verteidigenden Staaten dem für sie geschaffenen Schutzbündnis entfremden.

Zu dem auch mit der wirtschaftlichen Integration gewachsenen Selbstbewußtsein der Westeuropäer paßt es nicht mehr, wenn der politische Handlungsspielraum Westeuropas stets im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander definiert wird. Viele Europäer wollen nicht mehr hinnehmen, daß die Interessengegensätze der Supermächte auf europäischem Boden ausgetragen werden. Es ist insbesondere unannehmbar, daß das Risiko eines militärischen, mit atomaren und chemischen Waffen ausgetragenen Konflikts zwischen den Supermächten auf Europa verlagert oder begrenzt wird.

Mit ihrer Forderung nach einer Europäischen Abrüstungskonferenz als konkretes Ergebnis der Madrider KSZE-Folgekonferenz haben die Staaten der Europäischen Gemeinschaft – gegen den ursprünglichen Willen der Sowjetunion und der USA – gezeigt, daß sie gemeinsam eigene sicherheitspolitische Vorstellungen einbringen können. Zu einem neuen Konzept von europäischer Sicherheit gehört auch die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Produktion von notwendigen Rüstungsgütern und gemeinsame Regeln für den Waffenexport, der restriktiv gehandhabt werden sollte. Wir halten daran fest, daß die Bundesrepublik ihren Waffenexport nicht ausdehnen darf, sondern ihn strikt auf die Mitgliedstaaten des eigenen Bündnisses und ihnen gleichgestellte demokratische Staaten begrenzt. Darüber hinaus wenden wir uns allgemein dagegen, daß Waffen in Militärdiktaturen und Konfliktregionen exportiert werden. Wir fordern, nicht durch

Rüstungsexport zur Aufrüstung und Verarmung anderer Länder beizutragen.

Die Sozialdemokraten arbeiten deshalb:

- für eine organisierte politische Zusammenarbeit, die auch eine gemeinsame Sicherheitspolitik ansteuern soll;
- für gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Europa und Nordamerika (Kanada und USA) auf der Grundlage gleicher Rechte und gemeinsamer Interessen im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses;
- für eine auf Entspannung und Frieden ausgerichtete eigenständige europäische Sicherheitspolitik auf der Grundlage wirksamer Rüstungskontrolle und Abrüstung mit dem Ziel, die Spannungen in und um Europa zu vermindern; zu diesem Zweck arbeiten wir insbesondere auch dafür,
  - daß die Nuklearraketen auf beiden Seiten in Europa wieder abgebaut werden,
  - daß biologische und chemische Waffen weder produziert noch gelagert und die vorhandenen Bestände entfernt werden und
  - daß in der Mitte Europas eine nuklearwaffenfreie Zone nach dem Vorschlag der Palme-Kommission eingerichtet wird.
- für gemeinsame Leitlinien der EG-Staaten zur Beschränkung von Waffenexporten obwohl eine knappe konservative Mehrheit im Europäischen Parlament dies zunächst blockiert hat.

Den Frieden sicher zu machen, ist der besondere Wunsch der Deutschen, weil nur in einem befriedeten

Europa unser ganzes Volk gut leben kann. Die Europäische Gemeinschaft muß sich als Ausgangspunkt einer Friedensordnung begreifen, die die Völker Europas in verantwortlicher Selbstbestimmung gestalten. So wird sie auf alle ausstrahlen, die sich auf unserem Kontinent ihrer europäischen Aufgabe bewußt sind. Deswegen stehen europäische Einigung und deutsche Interessen nicht im Gegensatz zueinander. In Wahrheit sind unsere deutschen Interessen in der Gemeinschaft der Europäer am besten aufgehoben. Die Teilung Deutschlands und Berlins ist nur in einer europäischen Friedensordnung zu überwinden.

## 2. Für engagierte Partnerschaft im Nord-Süd-Dialog

Der gerechte Ausgleich zwischen Nord und Süd zwischen Reich und Arm, ist – wie die Brandt-Kommission darlegte – **die soziale Frage dieses Jahrhunderts**. Zugleich ist dies die zweite große friedenspolitische Aufgabe unserer Zeit.

Dabei hat sich die Situation vieler Entwicklungsländer durch die tiefe Krise der Weltwirtschaft in den letzten Jahren noch einmal dramatisch verschlechtert. Noch stärker als die Industriestaaten leiden sie unter den unheilvollen Wirkungen der gewaltig angestiegenen weltweiten Rüstungsausgaben – an die 800 Milliarden Dollar allein 1982. Auch deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für ein Ende des Wettrüstens ein.

Zugleich streben wir eine Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen an, welche den Interessen der unterschiedlichen Seiten gerecht wird. Es muß sich um eine Ordnung handeln, die den Entwicklungsländern bessere Chancen gibt für eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Die Mitglieder der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments – und in ihr nicht zuletzt die deutschen Sozialdemokraten – haben sich seit der ersten Direktwahl dafür eingesetzt, die Rolle der EG als Friedensgemeinschaft im Ausgleich zwischen Nord und Süd zu verbessern. Dazu gehört

- die Konzentration auf die Bekämpfung des Hungers in der Welt und ein Konzept der Hilfe zur Selbsterzeugung von Nahrungsmitteln;
- der Anstoß zur Reform der Nahrungsmittelhilfe: weg von der Überschußverteilung im Interesse der Agrarwirtschaft hin zur Mitwirkung daran, daß sich die Entwicklungsländer selbst versorgen können;
- die Betonung von eigenständiger Entwicklung: Hilfe zur Selbsthilfe in der Entwicklungszusammenarbeit, durch bessere Ausbildung der eigenen Bevölkerung, mehr Verarbeitung eigener Rohstoffe, mehr Forschung und Entwicklung eigener Technologien, mehr Ausnutzung eigener, vor allem alternativer Energien, mehr Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander;
- die Öffnung und das Offenhalten des EG-Marktes für Produkte aus den Entwicklungsländern, gerade auch der ärmsten Entwicklungsländer;
- die Wiederbelebung des Nord-Süd-Dialogs und anderer Bemühungen, um zu einer gerechteren Gestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zu gelangen.

Wir arbeiten weiter für

- die Reform der Agrarpolitik. Finanzmittel sollen von

der EG-Überschußverwertung zur Entwicklungszusammenarbeit hin umgelenkt werden;

- die Förderung der ländlichen und landwirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten Welt. Durch besondere Mittel für Ernährungsstrategien, durch entsprechende Programm- und Finanzierungsschwerpunkte in der Zusammenarbeit mit den der EG verbundenen afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) und mit den „nichtassoziierten“ Ländern;
- ein Nachfolge-Abkommen für die AKP-Staaten, das die eigenständige Entwicklung wesentlich besser fördert als bisher;
- ein EG-Präferenzsystem, das liberaler und praktikabler ausgestaltet wird;
- eine Vertiefung der Zusammenarbeit der EG auch mit anderen Regionen, wie die Unterstützung derjenigen Länder Zentralamerikas, die demokratische Strukturen besitzen oder aufzubauen versuchen; den ASEAN-Staaten oder den Golf-Staaten;
- nachhaltige Initiativen der EG zur Belebung des Nord-Süd-Dialogs, insbesondere, um ein Sofortprogramm zum Überleben zu fördern.

### **3. Für Europa als ausgleichender Faktor in der Weltpolitik**

Die Europäische Gemeinschaft ist auf Zusammenarbeit in der Welt angelegt und angewiesen.

Sie sieht sich einer zunehmenden Konfrontation der Supermächte USA und UdSSR gegenüber. Diese ist eine ständig drohende Gefahr für die Menschen in Europa als vorrangig Betroffene eines Kalten und erst

recht eines offenen Krieges. Die weltmachtpolitische Konfrontation gefährdet auch die Überlebens- und Entwicklungsmöglichkeiten der Dritten Welt.

Wir Sozialdemokraten wollen weiterhin alles tun, damit die Europäische Gemeinschaft der drohenden Konfrontation der Supermächte entgegenwirkt. Sie muß „Friedenssicherung durch Kooperation und Ausgleich“ als ihr eigenes Lebensprinzip in die internationalen Beziehungen einbringen. So kann sie auch im Sinne jener Sicherheitspartnerschaft wirken, die geboten ist, wenn die Menschheit überleben will.

Deshalb sind wir unverändert für eine Politik der Entspannung gegenüber den Ländern Osteuropas und gegen die kalten Krieger in Ost und West. Wir sind deshalb auch gegen das Mittel des Handelsboykotts. Die Europäer und auch das Europäische Parlament haben bei ihrem einmütigen Widerstand gegen das amerikanische Erdgas-Röhren-Embargo ihre Eigenständigkeit bewiesen. Sie dürfen sich weiterhin auch deshalb nicht an derartigen Aktionen beteiligen, weil dies die Preisgabe eines der Prinzipien der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wäre: Vertrauensbildung und Friedenssicherung durch Handel und Kontakte.

Wir wenden uns gegen Versuche, die stärker gewordene Position der Gemeinschaft im Welthandel durch einseitigen politischen und wirtschaftlichen Druck zurückzudrängen. Die Europäische Gemeinschaft muß auch deshalb ihre Bedeutung als objektiv wichtigste Handelsmacht untermauern durch stärkere Eigenständigkeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Das friedenssichernde außenpolitische Potential der

Europäischen Gemeinschaft ist in verschiedenen Bereichen des Zusammenwirkens deutlich geworden. Es gilt, die Ansätze der außenpolitischen Koordinierung mit den außenwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zielen und Instrumenten der Gemeinschaft in Übereinstimmung zu bringen. Die europäische Gemeinschaft muß ein Gesamtkonzept entwickeln, das ihren eigenen Interessen ebenso gerecht wird wie Ansprüchen, die von außen an sie herangetragen werden. Dazu gehört selbstverständlich, daß sie international Mitverantwortung übernimmt.

Als Rahmen einer künftigen europäischen Außenpolitik sehen wir die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ). Sie muß intensiviert, erweitert und mit der Gemeinschaft institutionell verzahnt werden. Dabei ist das europäische Parlament stärker zu beteiligen.

Die Europäische Gemeinschaft und ihr Parlament haben gezeigt, daß sie in wichtigen Konfliktbereichen der internationalen Politik über eigenständige politische Positionen verfügen und sich für diese einsetzen: Dies gilt gegenüber der Region Mittelamerika, und dabei insbesondere für die Beurteilung der Lage in El Salvador und Nicaragua. Dies gilt auch für den Nahen Osten und für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, als eines der Elemente für die Sicherung des Friedens.

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament und mit ihr die deutschen Sozialdemokraten haben deutlich gemacht, daß Wertorientierungen nicht nur innerhalb der Gemeinschaft, sondern weltweit gelten sollten:

– in ihrem Engagement für die Beachtung der Men-

schenrechte überall dort, wo sie bedroht sind, gleich ob in Lateinamerika oder im sowjetischen Machtbereich;

- in ihrer Verurteilung des Apartheidsystems in Südafrika und ihrer Forderung nach wirksamen Gegenmaßnahmen;
- indem sie das Europäische Parlament dazu brachten, die Finanzhilfen an die Türkei zu stoppen, bis dort die Menschenrechte wieder respektiert und die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten gewährt werden.

Das Europäische Parlament hat auch außerhalb Europas Beachtung und Ansehen gewonnen. Dies gilt besonders für Länder, die in politischen Umwälzungen oder in einem Prozeß nationaler Selbstfindung stehen oder um eine demokratische Ordnung ringen.

Wir Sozialdemokraten wollen auch in Zukunft das Parlament und die Gemeinschaft in dieser Rolle stärken.

### **III. Ein starkes und solidarisches Europa kann sich wirtschaftlich behaupten, auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit**

In Europa, wie im eigenen Land, ist für uns Sozialdemokraten die Bewältigung der Arbeitslosigkeit die zentrale Aufgabe. Die europäische Politik kann nationale und lokale Anstrengungen nicht ersetzen, aber sie muß sie fördern und ergänzen. Wichtig sind gemeinsame Initiativen und ein gleichgerichtetes, aufeinander abgestimmtes Handeln.

#### **1. Für einen europäischen Beschäftigungspakt**

Die Bewältigung der Arbeitslosigkeit verlangt eine Vielzahl lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Anstrengungen. Wo immer möglich muß dies im Zusammenwirken mit den weltwirtschaftlichen Partnern geschehen. Unsere zukunftsorientierte Politik hat folgende Schwerpunkte:

- Ausgleich von ökonomischen und ökologischen Erfordernissen für qualitatives Wachstum;
- private und öffentliche Investitionen für die Entwicklung einer neuen Generation von Gütern und Diensten, die noch ungestillte individuelle und soziale Bedürfnisse befriedigen;
- eine erhebliche Verkürzung und flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit;
- eine Forschungs- und Technologiepolitik, die Fortschritte bei der Humanisierung der Arbeitswelt und eine beschäftigungswirksame industrielle Entwicklung fördert;

- eine Geld-, Kredit- und Haushaltspolitik, die die wirtschaftliche Dynamik nicht behindert;
- die Weiterentwicklung des europäischen Währungssystems und eine intensivere Nutzung der Europäischen Rechnungseinheit in Gemeinschaftstransaktionen mit der Außenwelt mit dem Ziel der Schaffung einer europäischen Währungszone;
- konsequente Fortsetzung der Politik „weg vom Öl“, Ausnutzen der mit den heimischen Kohlevorräten gegebenen Chancen auf Versorgungssicherheit, vernünftiger Umgang mit knappen Rohstoffen, Entwicklung erneuerbarer und umweltschonender Energien, rationelle Verwertung von Abfällen;
- Programme für benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt: Jugendliche, Frauen, Behinderte, ausländische Arbeitnehmer;
- eine Regionalpolitik, die bei unterschiedlichen Arbeits- und Lebensgewohnheiten überall in der Gemeinschaft Beschäftigungschancen fördert;
- Mitwirkung und Mitsprache der Arbeitnehmer, wo immer es darum geht, den Prozeß der wirtschaftlichen Modernisierung sozial beherrschbar zu machen.

Eine solche Politik verlangt von den nationalen Regierungen, von den Sozialpartnern im Rahmen der Tarifautonomie und von den europäischen Behörden ein auf diese Ziele hin abgestimmtes politisches Handeln. Deshalb treten wir deutschen Sozialdemokraten mit der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament für einen europäischen Beschäftigungspakt ein, wie ihn auch Hans-Jochen Vogel im Dortmunder Wahlprogramm vertreten hat. Die sozialdemokrati-

sche Priorität für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde auf einer von unseren Freunden durchgesetzten Sondersitzung des Europäischen Parlaments deutlich gemacht.

## **2. Für eine europäische Industrie- und Technologiestrategie**

Die bedrückende Arbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist auch das Ergebnis einer tiefen Strukturkrise der europäischen Industrie. In vielen Branchen ist die Investitionstätigkeit zurückgegangen; viele Produktionsanlagen sind veraltet. Seit Jahren bestehen Überkapazitäten in der Stahlindustrie, der Werftindustrie, in Teilen der Chemie-, der Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie. Auch andere Industrien tun sich schwer im internationalen Wettbewerb.

Andererseits ist Europa, das seinen sozialen Fortschritt der vergangenen hundert Jahre in hohem Maße dem technischen und strukturellen Wandel seiner Volkswirtschaften zu verdanken hat, auf vielen Gebieten in einen technologischen Rückstand gegenüber den USA und Japan geraten, besonders im Bereich der Mikroelektronik.

Deshalb ist die industrielle Erneuerung Europas eine ganz wesentliche Aufgabe der Gemeinschaft. Sie verfügt über einen gemeinsamen vertraglichen Handlungsrahmen, einen großen Binnenmarkt, ein großes wissenschaftliches und technisches Potential, außenhandelspolitische Verhandlungsmacht sowie eigene Haushalts- und Finanzierungsinstrumente. Das sind beachtliche Vorteile. Sie müssen im gemeinsamen Interesse aller genutzt werden, denn nur durch

eine Konzentration der Finanzen, Ressourcen und des know-how kann Europa auf dem Weltmarkt bestehen.

Europa braucht industrielle Erneuerung und Förderung von technologischen Neuerungen:

- in den Forschungsvorhaben und -einrichtungen der Gemeinschaft selbst;
- durch Förderung der Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung zwischen den Mitgliedsländern, ihren wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen;
- durch eine Neuverteilung nationaler und europäischer Forschungsaufgaben;
- durch wesentlich mehr Haushaltsmittel der Gemeinschaft für Forschung und Entwicklung.

Entscheidend aber ist: der technische Fortschritt muß in seinen Wirkungen sozial beherrschbar und umweltverträglich sein und darf die Arbeitnehmer nicht mit Massenarbeitslosigkeit bedrohen.

Wir Sozialdemokraten sehen deshalb in der von der EG-Kommission vorgeschlagenen „Umweltverträglichkeitsprüfung“ für alle größeren Investitionen in der Gemeinschaft eine wichtige Grundlage, damit zumindest neue Investitionen auf ihre Verträglichkeit hin geprüft werden, und zwar unter Mitwirkung auch der Betroffenen. Wir fordern diese Umweltverträglichkeitsprüfung vorab bei allen Investitionen in der EG aus Gemeinschaftsmitteln, -anleihen und -krediten, und wir meinen, daß das Europäische Parlament daran zu beteiligen ist. Wir setzen uns außerdem für Gemeinschaftsbeschlüsse ein, die für die soziale Beherrschung des Modernisierungsprozesses mehr Mitwir-

kungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften vorsehen.

In der Produktion kann sowohl beim Einsatz von menschlicher Arbeit als auch beim Rohstoff- und Energieverbrauch rationalisiert werden. Wir Sozialdemokraten sind dafür, gezielt solche Technologien zu fördern, die den Einsatz von Rohstoffen und Energie verringern, die Umwelt schützen, mit menschlicher Arbeitskraft sinnvoll umgehen und zur Humanisierung der Arbeitswelt beitragen.

Wir wollen, daß sich in Europa die Anstrengungen, vor allem beim Einsatz öffentlicher Mittel, auf neue Produkte, also **Produktinnovationen** konzentrieren; solche neuen Produkte sind wichtiger als neue Methoden bei vorhandenen Produkten. Diese neuen Produkte müssen sich an sich wandelnden Konsumgewohnheiten und an den unbefriedigten Bedürfnissen großer Gruppen in unserer Gesellschaft orientieren.

Wir sehen hier auch einen großen Tätigkeitsbereich für kleine und mittlere Unternehmen, für die die Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft konsequent eingesetzt werden müssen.

Schließlich kann die EG dazu beitragen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten in bestimmten Wachstumsfeldern, wie beim Umweltbereich, beim Energiesparen oder bei der Abfallbewirtschaftung zu eröffnen. Durch ihre gemeinschaftliche Festlegung von Belastungswerten für die menschliche Gesundheit und die natürliche Umwelt erhöht sie dabei die Erwartungssicherheit von Investoren. Die Einführung gemeinsamer Produktions-, Produkt- und Umweltstandards ist zudem nicht nur eine wichtige Voraussetzung zur Erschließung des

großen europäischen Binnenmarktes und zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, sondern erhöht auch die Wettbewerbsfähigkeit.

### **3. Für Arbeitsplätze durch vorausschauende Strukturpolitik**

Wir wollen eine vorausschauende europäische Industriestrategie, die nicht nur die Entwicklung neuer Technologien und die aktive Förderung ihrer Exportchancen auf dem Weltmarkt umfaßt, sondern auch den sinnvollen Strukturwandel in den traditionellen Industriesektoren und -regionen der Gemeinschaft fördert.

Dabei ist die Grundsatzfrage neu und gemeinschaftlich zu stellen, welche traditionellen Industrien und Verarbeitungsstufen weiterhin im Bereich der Europäischen Gemeinschaft mit Nachdruck erhalten bleiben sollen und welche stufenweise mit dem Entstehen neuer Arbeitsplätze aufgegeben und der internationalen Arbeitsteilung überlassen werden können. Auf keinen Fall dürfen ganze Regionen in der EG industriell ausgedünnt werden und wichtige Industriezweige vollständig verschwinden. Die Überlegungen des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Johannes Rau sind hierbei für uns richtungsweisend. Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich ihre wirtschaftspolitische Verantwortung wahrzunehmen für eine vorausschauende Strukturpolitik zur Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

Eine Voraussetzung vorausschauender Strukturpolitik ist bessere Information über die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Industrie- und in den Entwicklungsländern und über geplante Investitionen in den jeweiligen Industriebereichen der Gemeinschaft. Die

Umweltverträglichkeitsprüfung muß von einer bestimmten Größenordnung an dazu führen, daß Investitionsplanungen und ihre Konsequenzen für die Beschäftigung offengelegt werden.

Überkapazitäten dürfen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr auf Kosten der jeweiligen Nachbarländer aufrechterhalten werden. Notwendig ist vielmehr eine gemeinschaftliche Festlegung, in welchem Umfang Kapazitäten zurückgenommen und welche Regionen dabei besonders berührt werden. Eine solche Strategie muß ergänzt werden durch gemeinschaftliche Pläne zur Umstellung der Industrien, zur Umschulung und Absicherung der betroffenen Arbeitnehmer.

Die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise in der europäischen Eisen- und Stahlindustrie sind einzubetten in eine gemeinschaftliche Industriepolitik. Die notwendige Verringerung der Produktionskapazitäten muß in einem engen Zusammenhang stehen mit der Höhe der von den Mitgliedstaaten für die Umstrukturierung der Stahlunternehmen vorgesehenen und von der EG-Kommission zu genehmigenden Beihilfen sowie deren zeitlicher Begrenzung. Der ruinöse europäische Subventionswettbewerb muß unverzüglich beendet werden. Die Maßnahmen zur Krisenbekämpfung (Mengen- und Preisregelung, Außenschutz) sind zur Stabilisierung des Stahlmarktes bis Ende 1985 fortzuführen. Die Stahlstandorte müssen im Kern erhalten bleiben. Vordringliches Ziel der europäischen Stahlpolitik aber muß eine grundlegende Modernisierung der Stahlunternehmen sein, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Stahlarbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Dies

erfordert Innovationen und Investitionen, keine Abwrackprämien.

Der Rückgang des Steinkohleabsatzes an die Stahlindustrie ist Ursache für ein Auseinanderklaffen von Förderkapazitäts- und Absatzentwicklung. Die Gemeinschaftskohle muß in dem Maße im Markt verankert bleiben und die Förderkapazität gesichert werden, wie dies für die sichere, langfristige Versorgungsaufgabe volkswirtschaftlich erforderlich ist. Dieser strukturell bedingte Anpassungsprozeß bei Kohle und Stahl muß sozial und regional ausgewogen verlaufen.

Zugleich muß der Weg für neue beschäftigungspolitisch, umweltverträglich, energie- und rohstoffpolitisch sinnhafte Kohleveredelungstechnologien offengehalten und weiterverfolgt werden. In den Kohle- und Stahlregionen ist es eine gemeinsame Aufgabe der Unternehmer und Gewerkschaften, der Kommunen, der Länder, des Bundes und der EG, auf allen politischen und allen wirtschaftlichen Ebenen dafür Sorge zu tragen, daß zusätzliche Arbeitsplätze außerhalb der Montanindustrien entstehen. Eine notwendige Hilfe dafür ist, daß die EG hohe Finanzmittel aller Strukturfonds der EGKS, der Regionalfonds und der Sozialfonds gebündelt und gezielt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzt:

- durch den Aufbau neuer, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen sowie
- der Verbreiterung und Erneuerung der Produktpalette;

dies unter Ausnutzung u. a. der von der EG zur Verfügung gestellten zinsverbilligten Kredite.

Die Krise der Küstenregion, insbesondere der Schiffs-

bauindustrie, muß ebenfalls durch eine europäische Industriepolitik überwunden werden. Wir fordern ein europäisches Schiffsbauprogramm, das die für Europa volkswirtschaftlich unverzichtbaren Schiffsbaukapazitäten nennt. Darüber hinaus notwendig sind Maßnahmen zur Diversifikation in den Schiffsbauunternehmen und ein Programm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb der Schiffsbauindustrie.

Die Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaft ist für die norddeutsche Küstenregion von besonderer Bedeutung. Fischfang und Fischverarbeitung sind dort tragende Säulen der Beschäftigung. Deshalb werden wir Sozialdemokraten uns weiterhin für eine langfristige Absicherung des Fischfangs in den Gewässern der Europäischen Gemeinschaft, vor Grönland und in Drittlandsgewässern einsetzen.

#### **4. Für eine beschäftigungsfördernde und umweltfreundliche Energiepolitik**

Die Probleme der Energiepolitik in Europa können nur gemeinsam gelöst werden. Eine europäische Strategie kann zwar nicht die nationale Energiepolitik ersetzen, doch sollte sie einen Bezugsrahmen abgeben. Die bisherigen Ansätze einer gemeinschaftlichen Energiepolitik gehen von einer oberen Grenze des wirtschaftlichen Wachstums aus und konzentrieren sich bei vorausgesetzter sicherer Verfügbarkeit und Nutzung der Gemeinschaftskohle deshalb auf Ausbau der Kernenergie und verstärkter Nutzung der festen Brennstoffe bei erhöhten Einfuhren von Kohle. Derzeit findet außerdem ein Verdrängungsprozeß der einheimischen Kohle durch Kernenergie und importierte Kohle statt.

Wir Sozialdemokraten wollen eine europäische Energiepolitik, die Beschäftigung fördert, die Umwelt schont und dazu beiträgt, internationale Abhängigkeiten und Spannungen zu mindern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Die Einsparung von Energie durch rationelle Verwendung und einen entsprechenden Strukturwandel in Industrie, Verkehr und Privathaushalten;
- Vorrang der Nutzung der heimischen Energie mit umweltfreundlichen Verfahren und ihre Zukunftssicherung durch konsequente Entwicklung und Absicherung der Kohleveredelung. Unangemessen hohe Einfuhren aus Nicht-EG-Ländern können nicht hingenommen werden;
- den Ausbau der erneuerbaren Energiequellen; auf diese Weise schaffen wir auch die Voraussetzungen, um langfristig auf Kernenergie verzichten zu können.

Durch die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch werden viele Innovations- und Beschäftigungsmöglichkeiten freigesetzt. Energieeinsparung betrifft alle Lebens- und Produktionsbereiche und macht überall neue Verfahren, Geräte, Antriebssysteme, Regeltechniken und Dienstleistungen erforderlich, die sich belebend auf die Industrie und vor allem auch auf das Handwerk auswirken können. Ein energiesparendes Wachstum kann relativ mehr Arbeitsplätze schaffen, als ein Wachstum bei Energieverschwendung.

Wir sehen auch einen Nachholbedarf in der Erforschung und Entwicklung von regenerierbaren Energien und die Notwendigkeit, verfügbare Haushaltsmit-

tel der Gemeinschaft in diesen Bereich zu lenken, ebenso wie in den der Energiespartechnologien.

Der Ausbau der erneuerbaren Energie fördert die Autonomie und Dezentralisierung von Erzeugern und Abnehmern. Deshalb ist dies zur Entwicklung strukturschwacher Regionen ebenso geeignet wie zur Auflockerung von Ballungsgebieten. Es kommt der bisher keineswegs erfüllten Zielsetzung der Gemeinschaft nach Chancengleichheit für die Regionen entgegen.

Ein weiterer Beschäftigungseffekt ergibt sich aus dem Export solcher Anlagen und Technologien in die Länder der Dritten Welt, wo sie für mehr Selbsthilfe und eigenständige Entwicklung unerlässlich sind. Die Europäische Gemeinschaft kann um so überzeugender Entwicklungszusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien anbieten, je mehr sie selbst solche Energien und Technologien verwendet.

Wir treten ein für eine verstärkte Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit den Energie- und Rohstoffexportländern, für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen und eine vermehrte Ost-West-Kooperation im Energiesektor.

#### **5. Für mehr Arbeitsplätze durch kürzere Arbeitszeit**

Die Zeit hoher quantitativer Wachstumsraten ist zu Ende, wir befinden uns im Umbruch. Für die Konservativen ist die Arbeitslosigkeit ein unvermeidliches Übel, dessen Kosten sie durch Abbau des Sozialstaats finanzieren. Ihre Rezepte führen zu steigender Massenarbeitslosigkeit und gefährden den inneren Frieden. Man kann eine Volkswirtschaft auch kaputtsparen.

Wir Sozialdemokraten sehen in der Krise auch die Chance zu gerechterer Verteilung und zu humaneren Formen von Arbeit. Eine Zukunft mit weniger Arbeit enthält viele Möglichkeiten menschlicher Entfaltung. Die gerechte Verteilung der Arbeit ist eine der großen Herausforderungen und Chancen, die uns dieses Jahrzehnt stellt.

Eine Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit stellt für uns Sozialdemokraten neben einer aktiven Beschäftigungspolitik das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar. Wie empfehlen den Weg der Arbeitszeitverkürzung aus drei Gründen:

- Die Umverteilung der Arbeit wird der drohenden Konfrontation zwischen „Arbeitsbesitzern“ und Arbeitslosen entgegenwirken und Arbeit für alle schaffen helfen. Die widersinnige Situation, daß 90 Prozent der Beschäftigten in unserer Gesellschaft arbeiten, nicht wenige oft bis zur Erschöpfung, während 10 Prozent wider Willen zum Nichtstun verurteilt sind, legt es nahe, die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen zu verteilen.
- Arbeitszeitverkürzung ist ein wirksames Mittel, um die gegenwärtigen und zukünftigen Produktivitätsfortschritte beschäftigungspolitisch auszugleichen. Die beschäftigungsmindernde Wirkung der durch technische Neuerungen, besonders den Einsatz der Mikroelektronik und moderner Arbeitsorganisation bedingten Produktivitätsfortschritte, sind durch Wachstum allein nicht auszugleichen.
- Arbeitszeitverkürzung kann die Entfremdung in der Arbeit mildern und ist eine der Grundlagen für die Humanisierung des Arbeitslebens. Dies gilt beson-

ders im Verlauf einer neuen „technologischen Revolution“ und in einer Phase raschen sozialen Wandels.

Deshalb fordern wir:

- Die Verwirklichung der von uns schon 1979 geforderten 35-Stunden-Woche als ein Gebot wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Vernunft;
- Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, um Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können, der generellen Veränderung der Rollen von Mann und Frau Rechnung zu tragen und gesellschaftliche Mitarbeit möglich zu machen;
- Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Es muß ein gleitender, freiwilliger und den individuellen Bedürfnissen angepaßter Übergang für ältere Arbeitnehmer in den Ruhestand möglich werden;
- Verkürzung der Jahresarbeitszeit.

Weil sich die Bedürfnisse der Menschen wandeln, sind ebenfalls die zeitflexiblen Beschäftigungsformen wie Langzeiturlaub und flexible Gestaltung der Alterszeit in Erwägung zu ziehen.

Im Kampf für eine einheitliche europäische Arbeitszeitverkürzung gilt es, aus den nationalen Sackgassen des Mißtrauens und der gegenseitigen Konkurrenz herauszufinden. Deshalb ist auf europäischer Ebene ein politischer Rahmen notwendig, der in nationalen, branchenspezifischen, regionalen und betrieblichen Verhandlungen Orientierungen gibt.

## **6. Für Humanisierung und Mitbestimmung in der Arbeitswelt**

Wir Sozialdemokraten kämpfen mit dem Europäischen

Gewerkschaftsbund für die Demokratisierung der Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Auf dem Wege dorthin ist es von großer Bedeutung, die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf Information, Konsultation und Mitbestimmung zu verstärken und zu verankern.

Auf europäischer Ebene wollen wir politische und gewerkschaftliche Gegenmacht aufbauen gegenüber der zunehmenden Beherrschung europäischer Märkte durch multinationale Unternehmungen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen. Auch deshalb wollen wir die zügige Erweiterung der Kontroll- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer und die Durchführung einer aktiven Wettbewerbspolitik, die sich auf eine europäische Fusionskontrolle zu stützen haben wird.

Im Kampf um die Richtlinie für die Informations- und Konsultationsrechte für Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen (Vredeling-Richtlinie) ist es den europäischen Sozialdemokraten zusammen mit den Gewerkschaften gelungen, einen verbindlichen Rechtsakt zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer von transnationalen Großunternehmen einzuleiten. Dies konnte gegen den Widerstand von Unternehmerverbänden in Europa und den USA durchgesetzt werden.

Diese Richtlinie ist jedoch nur ein bescheidener Anfang. Sie ist durch die Mitte-Rechts-Koalition im Europäischen Parlament – unter der Führung der CDU/CSU! – stark verwässert worden. Dennoch kann sie einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine allmähliche Demokratisierung der Wirtschaft in der EG darstellen.

Unsere weitergehende Forderung lautet: Schaffung europäischer Betriebsräte in grenzübergreifenden Unternehmen und Gleichgewicht von Arbeit und Kapital bei Unternehmensentscheidungen. Für uns Sozialdemokraten geht es darum, die Arbeitnehmer in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, die ihre Arbeitsplätze, die Produktionsziele und die Produktionsmethoden betreffen. Es geht darum, wirtschaftliche und technologische Prozesse gesellschaftlich zu verantworten, und es geht weiter darum, die sozialen Folgen solcher Prozesse aufzufangen. In schwierigen Zeiten ist nicht weniger sondern mehr Mitbestimmung geboten.

Der technische Wandel hat zu einer Verschärfung der Risiken sowie zu neuartigen Belastungen in der Arbeitswelt geführt. Chronische Gefährdungen treten immer stärker in den Vordergrund. Ursache hierfür sind auch einseitige physische und psychische Belastungen als Folge von Rationalisierungs- und Automatisierungsprozessen. Wir wollen, daß die Folgen von Mehrfachbelastungen durch Streß, Lärm, Schichtarbeit, einseitige körperliche Tätigkeit und die kumulative Wirkung mehrerer Schadstoffe im Hinblick auf Langzeitwirkung erforscht werden. Die akute Gefährdung der Arbeitnehmer erfordert verstärkte Anstrengungen zur Humanisierung der Arbeitswelt.

Sozialdemokraten haben in der Gemeinschaft in den letzten Jahren eine Reihe wichtiger Maßnahmen des Arbeitsschutzes und der Arbeitsverbesserungen erreicht. Es wurde eine Rahmengesetzgebung der EG zum Schutz der Arbeitnehmer gegen schädliche Stoffe geschaffen. Als erste Ausführungsbestimmung konnte eine Bleirichtlinie durchgesetzt werden, von der etwa

eine Million Arbeitnehmer in der Gemeinschaft betroffen sind. Sie enthält Vorschriften für die Überwachung der Atemluft am Arbeitsplatz.

Technisch mögliche Fortschritte der Arbeitsproduktivität dürfen nicht länger unter ständiger Verletzung menschengerechter Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden. Wir sind für Rahmenregelungen, die den technischen Fortschritt auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zum Abbau der Belastungen am Arbeitsplatz und zur Bereicherung der Arbeitsinhalte nutzen.

### **7. Für die Berufschancen junger Menschen**

Die Massenarbeitslosigkeit trifft unter allen Bevölkerungsgruppen die Jugendlichen am härtesten. In einigen Ländern der EG ist bereits die Hälfte der Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren ohne Arbeit, der EG-Durchschnitt liegt bei 25 Prozent. Dem ständig sinkenden Arbeitsvolumen steht eine noch steigende Zahl Jugendlicher gegenüber, die auch keine berufliche Ausbildung erhalten. Für sie kommt zu ihrer materiellen und psychischen Belastung durch Arbeitslosigkeit die absolute Perspektivlosigkeit für ihre Lebensgestaltung hinzu. Dies birgt für unsere Gesellschaft große Gefahren in sich. Deshalb ist der Staat gefordert einzugreifen.

Abhilfe in dieser Situation muß über die Ansätze der Beschäftigungspolitik hinaus durch eine gemeinsame Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie aller zehn EG-Länder für Jugendliche zwischen 16–25 Jahren geschaffen werden. Dies ist der Kern der Forderungen der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament.

Durch die Bereitstellung von einem Prozent des Bruttosozialprodukts – das entspricht einem Viertel der direkten Kosten der Arbeitslosigkeit – kann die Grundlage für die Finanzierung eines Bündels von Maßnahmen gelegt werden: von der überbetrieblichen Ausbildung nach dem EG-Modell der Alternierenden Ausbildung bis hin zu Hilfen bei der Gründung von Betrieben auf der Basis von Genossenschaften, die zum Beispiel im Bereich der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt einen neuen und steigenden Bedarf befriedigen können.

Unsere Forderungen schließen aber auch traditionelle Maßnahmen ein, wie die finanzielle Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Klein- und Mittelbetrieben, die Verbesserung der Fortbildungsmöglichkeiten und die Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor.

Der Europäische Sozialfonds, das einzige Instrument der EG, durch das direkte Eingriffe zur Verbesserung der Situation Jugendlicher möglich sind, stellt heute 4,5 Milliarden DM jährlich für Ausbildungs- und Nothilfeprogramme zur Verfügung, die dadurch bis zu 50 Prozent gefördert werden. Unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament werden sich weiter für eine Aufstockung der Mittel einsetzen, so wie sie im Laufe der Legislaturperiode die Verdopplung der Mittel erreicht haben. Die Kompetenzen des Sozialfonds müssen aber auch erweitert werden, so daß er in Kombination mit dem Regionalfonds direkt Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen kann.

## 8. Für offene Märkte, aber gegen das Diktat des Weltmarkts

Der Außenhandel der Europäischen Gemeinschaft ist wichtig dafür, daß Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden. Allerdings führt der Welthandel allein nicht zur Wohlstandsmehrung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Vielmehr kann die Unterwerfung unter das alleinige Diktat einer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erst recht zu einer Entwicklung führen, bei der extreme Rationalisierung, Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Abbau gewerkschaftlicher Rechte, ja die radikale Abkehr von dem Ziel einer sozialen Demokratie die Folge wären.

Zunehmend wird aber deutlich, daß die Vorstellung von internationaler Arbeitsteilung, nach der bestimmte alte Industrien in den industrialisierten Ländern aufgegeben werden und in Länder der Dritten Welt verlagert werden sollten, während bei uns Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien entstünden, nicht immer mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Die Verlagerung ganzer Industriebranchen oder einzelner ihrer Verarbeitungsstufen in Länder der Dritten Welt hat sowohl zu regionaler, als auch zu branchenspezifischer Arbeitslosigkeit in den Ländern der EG geführt. Es war wegen der Zunahme von Arbeitskräften bei weltweiter Rezession nicht möglich, gleichzeitig neue Arbeitsplätze in ausreichender Zahl zu schaffen.

In vielen Ländern der Dritten Welt wiederum führen die industriellen Enklaven und die Orientierung auf deren industrielles Wachstum zu einer Vernachlässigung der ländlichen Entwicklung und der Arbeit in der Landwirtschaft. Außenhandel ist kein Selbstzweck. Er muß

letztlich als ein Mittel gesehen werden, um Beschäftigung für alle und möglichst gerechte Lebensverhältnisse in aller Welt zu schaffen.

Die Europäische Gemeinschaft muß am Grundsatz offener Märkte festhalten. Aber nur eine gemeinschaftliche Außenhandelspolitik für die wichtigsten Wirtschaftsbranchen kann gewährleisten, daß der Freihandel in der Europäischen Gemeinschaft nicht in Frage gestellt wird durch Abschottungen, also protektionistische Maßnahmen, einzelner EG-Mitgliedstaaten nach außen. Wir setzen uns deshalb für eine Außenhandelspolitik der EG ein, die sich an einer **gemeinsamen** Strategie für die einzelnen großen Wirtschaftsbranchen in der EG orientiert.

Wir wollen auch eine verstärkte **gemeinschaftliche** Außenhandelspolitik gegenüber den wichtigsten Handelspartnern der EG. Es genügt nicht, mit allgemeinen Freihandelsappellen auf den Konkurrenzkampf zu reagieren, der von den anderen großen Handelsmächten, den USA und Japan, verfolgt wird, die gezielt Märkte zu Lasten der anderen Handelspartner erobern, wobei sie den Freihandel für ihre eigenen Märkte einschränken. Die USA suchen die stärkere handelspolitische Unabhängigkeit der EG, die diese in den letzten zwanzig Jahren ihnen gegenüber gewonnen hat, mit eigener wirtschaftlicher Expansion und durch mißbräuchliche Wirtschaftssanktionen zu beeinträchtigen. Die EG braucht in der Außenhandelspolitik bessere Instrumente, um schneller und wirkungsvoller reagieren zu können.

Gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist es unser Ziel, deren eigenständige, selbstbestimmte Entwick-

lung zu fördern, ihnen bei der Entwicklung ihres eigenen Binnenmarktes zu helfen sowie ihre Kaufkraft zu stärken. Dem Abschluß von Kooperationsabkommen der EG mit Gruppen von Entwicklungsländern kommt hierbei eine wichtige Bedeutung zu. Hier können handelspolitische mit entwicklungspolitischen Orientierungen gekoppelt werden. Gleichzeitig setzen wir uns nachdrücklich für eine deutliche Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Dritte Welt ein und für Erleichterungen beim Zugang zu den europäischen Märkten. Dies liegt auch im Interesse der Arbeitsplatzsicherung in der Europäischen Gemeinschaft. Die Verstärkung der Kaufkraft der Dritten Welt hat unmittelbare Auswirkungen auf die wirksame Nachfrage bei uns.

#### **9. Für gerechte Entwicklungschancen in allen Regionen Europas**

Die Stärke des europäischen Zusammenhalts und die Bereitschaft aller ihrer Regionen, sich als Teil der Europäischen Gemeinschaft zu fühlen, hängen mit der Behandlung regionaler Unterschiede zusammen. Regionale Protestbewegungen und die nicht zu unterschätzende Rückbesinnung auf regionale Traditionen, zeigen deutlich ein Verlangen nach Bewahrung von Vielfalt und Besonderheit, aber auch nach Abbau von Unterschieden, die aus sozialer Ungerechtigkeit herühren.

Seit Bestehen des Gemeinsamen Marktes haben alle Bemühungen nicht verhindern können, daß das Entwicklungsgefälle zwischen armen und reichen Regionen drastisch zugenommen hat. Der Gemeinsame Markt hat bisher nicht zu einer besseren räumlichen

Verteilung des Reichtums geführt. Vielmehr hat der Kapitaleinsatz im größeren Wirtschaftsraum die ohnehin struktur- und kapitalstarken Regionen noch begünstigt.

Die bisherige EG-Regionalpolitik hat hieran wenig geändert. Und dies nicht nur wegen zu geringer Mittel sondern auch wegen des Beihilfesystems, das weder an der Förderungsbedürftigkeit der Regionen noch an deren jeweiligen Entwicklungsmöglichkeiten ausgerichtet war.

Mit dem Kommissionsvorschlag für eine Reform des Europäischen Regionalfonds, vor allem aber durch die Beschlüsse des Europäischen Parlaments gibt es eine Alternative zur bisherigen Regionalpolitik. Wir Sozialdemokraten setzen uns für diese neuen Vorschläge ein. Diese Reform erstrebt eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit, die von den Randzonen selber ausgeht, die das eigenständige Entwicklungspotential mobilisiert und mit der Übertragung geeigneter Technologien und mit Hilfe steuerlicher Anreize vor allem Produktionen fördert, die für die Bedürfnisse der Region selbst wichtig sind.

Bei der Aufstellung der regionalen Programme und bei der Entscheidung über Investitionen muß die Beteiligung der lokalen und regionalen Behörden sowie jene gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen gewährleistet sein, die davon betroffen sind.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für integrierte Programme ein, wie sie das Europäische Parlament fordert. Das heißt, wir wollen den verbundenen Einsatz des Regionalfonds, des Sozialfonds und des landwirtschaftlichen Strukturfonds, um gezielt ländliche und

industrielle Entwicklungen zu fördern. Wir wollen mit Blick auf die bevorstehende, notwendige und von uns unterstützte Erweiterung der EG um Spanien und Portugal eine Regionalpolitik für die Mittelmeerländer der EG, die dem Süden der Gemeinschaft zu mehr Chancengleichheit gegenüber dem Norden verhilft.

#### **10. Für eine europäische Währungszone**

Bei der erreichten starken Verflechtung der Handels- und Dienstleistungsströme in der Gemeinschaft ist die Stabilisierung der Währungsbeziehungen innerhalb der Gemeinschaft und gegenüber Drittländern notwendige Voraussetzung für eine stetige Entwicklung der Wirtschaft.

Das bestehende EWS muß daher in Richtung auf ein echtes Währungssystem mit eigener Reservehaltung weiterentwickelt werden. Verbunden damit ist das Ziel, eine gemeinsame europäische Währungseinheit zu schaffen, die als allgemeines Zahlungsmittel dienen kann.

Ein gestärktes und verselbständigtes EWS bietet zugleich die Basis für eine größere Unabhängigkeit der Gemeinschaft von der bisher dominierenden Reservewährung US-Dollar und eröffnet damit die Möglichkeit einer relativ höheren Unabhängigkeit der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft von der von den eigenen nationalen Interessen bestimmten Politik der USA.

#### IV. Ein starkes und solidarisches Europa kann gleiche Rechte der Frauen durchsetzen und sichern.

Am Kampf um die Gleichstellung zeigen sich die Gefahren der Wirtschaftskrise. Es zeigen sich aber auch Chancen für Lösungen auf europäischer Ebene, die fortschrittlich und solidarisch sind. Das Europäische Parlament hat hier von Anfang an die Möglichkeit für besondere Anstöße geboten. Die deutschen Sozialdemokraten wie auch die Schwesterparteien der SPD in der Europäischen Gemeinschaft sind 1979 mit einer stärkeren Repräsentation von Frauen zu den Europawahlen angetreten: 7 von 35 SPD-Abgeordneten im jetzigen Europäischen Parlament sind Frauen; 25 von 124 Abgeordneten der Sozialistischen Fraktion sind Frauen.

Die Bilanz der weiblichen SPD-Abgeordneten und der Arbeit zugunsten der Gleichstellung der Frauen im Europa-Parlament zeigt: Mehr Frauen haben bessere Chancen, die politische Arbeit und den politischen Stil zu beeinflussen. Sie zeigt ebenfalls: Die Interessen der Frauen als Wähler werden dann besser und mit mehr Erfolg wahrgenommen. Von der europäischen Ebene können neue und zusätzliche Anstöße für die Chancengleichheit und eine neue Qualität des Zusammenlebens ausgehen, gerade wenn auf der nationalen Ebene der Abstand zwischen der verbürgten Gleichberechtigung und der tatsächlichen Gleichstellung eher größer zu werden droht.

Wir haben in der Europäischen Gemeinschaft die Gleichstellung von Frau und Mann – besonders im Ar-

beitsleben – zu einem Hauptthema gemacht: Auf Initiative der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament wurde unmittelbar nach der Direktwahl mit einem Frauenausschuß ein Forum geschaffen, das die Lage der Frauen in den Ländern der EG intensiv untersuchte, eigene Leitlinien für die Gleichstellung der Frauen entwickelte und konkrete Forderungen an die EG-Regierungen ebenso wie an Rat und Kommission richtete. Dieser Frauenbericht wurde mit breiter Mehrheit im Parlament angenommen. Er führte zu einem Aktionsprogramm der Kommission, das die folgenden Hauptpunkte hat:

- Stärkung der individuellen Rechte der Frauen;
- Abbau diskriminierender Bestimmungen und die Verwirklichung von Frauen-Förderungsprogrammen;
- Einrichtung von Gleichstellungsstellen in jedem EG-Mitgliedsland, die die Einhaltung von EG-Richtlinien zugunsten von Frauen kontrollieren sollen.

Die deutschen Sozialdemokraten wollen die Forderungen dieses EG-Aktionsprogrammes in der Bundesrepublik gesetzlich verankern:

- Wir fordern ein Rahmengesetz zur Gleichstellung von Frau und Mann, das u. a. die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer zur Durchsetzung der Gleichstellung erweitert, das Frauenförderungspläne in Betrieben und Verwaltungen ermöglicht, das die Vergabe von Ausbildungsplätzen zu gleichen Teilen an Jungen und Mädchen festschreibt und das vorschreibt, auf allen Produktions- und Qualifikationsebenen gleichermaßen Arbeitsplätze für Männer und Frauen bereitzustellen.

- Wir fordern Gleichstellungsbeauftragte mit Kabinettszugang in Bund und Ländern und Gleichstellungsstellen in den Kommunen zur aktiven Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann.
- Wir fordern zur Überwachung des Gleichbehandlungsgrundsatzes eine Gleichstellungsbehörde auf Bundesebene, die Verstöße gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz untersucht, aufklärt und ahndet. Sie muß deshalb eine umfassende Ermittlungs-, Anordnungs- und Untersagungsbefugnis bekommen und im Konfliktfall auch Bußgeldbescheide erlassen können.
- Wir setzen uns insbesondere für eine aktivere und konstruktivere Rolle des Ministerrats bei verbindlichen Gemeinschaftsaktionen zugunsten von Frauen ein.

Der FDP-Einfluß hat schon unter der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung das Engagement in diesen Fragen behindert. Die konservative Bundesregierung gar wird, laut Ankündigung ihres Wirtschaftsministers, keinerlei neue Richtlinien beschließen, sondern es bei unverbindlichen Empfehlungen belassen wollen. Das heißt: Die notwendigen Maßnahmen zugunsten der Gleichstellung von Frauen werden kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen geopfert.

Die Anzeichen häufen sich, daß konservative Mitgliedsregierungen angesichts der Wirtschaftskrise die EG-Orientierung auf mehr Rechte für Frauen nicht mehr beibehalten wollen: Immer häufiger werden verbindliche Rechtsakte zugunsten von Frauen im Ministerrat zugunsten unverbindlicher Erklärungen abge-

lehnt. National werden von den Regierungen Praktiken geduldet oder aktiv gefördert, die dem Ziel und Inhalt der bestehenden EG-Richtlinien absolut zuwiderlaufen.

Jetzt kommt es darauf an:

- Im Europäischen Parlament und in der europäischen Öffentlichkeit müssen ausreichend Gegenkräfte und Gegeninformation mobilisiert werden;
- die Europäische Gemeinschaft muß eine Neuorientierung ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik anstreben, so daß das Prinzip der Nicht-Diskriminierung auch in Krisenzeiten tatsächlich durchzusetzen ist.

Seit 1982 hat das Europäische Parlament einen Untersuchungsausschuß, der die Einlösung der Forderungen des Frauenberichtes und des Frauenaktionsprogrammes überwacht. Für die folgenden Empfehlungen des Ausschusses setzen wir uns ein:

- Für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung zwischen Männern und Frauen. Seit 1970 hat sich in der EG die Arbeitslosenzahl der Frauen verachtfacht, die Arbeitslosenzahl der Männer „nur“ verdoppelt.
- Für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, um eine bessere Arbeitsteilung zwischen den Partnern bei der Führung des Haushalts, der Erziehung der Kinder und der beruflichen Tätigkeit zu ermöglichen.
- Gegen die beliebige Ausweitung von neuen Formen der Teilzeitarbeit oder Zeitflexibilisierung, denn ohne zureichenden arbeits- und versicherungs-

rechtlichen Schutz sind sie gewöhnlich ein Arbeitsmarktghetto für Frauen. Die Forderung nach Ausweitung der Teilzeitarbeit dient in erster Linie der Umgehung der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung. Teilzeitarbeitsformen müssen über eine EG-Rahmenrichtlinie, über nationale Gesetzgebung und tarifvertragliche Regelungen sowie durch gewerkschaftliche Mitbestimmung gesellschaftlich kontrolliert werden. Dies hat das Europäische Parlament gefordert und gleichzeitig die Sozialversicherungspflicht für **alle** Teilzeitbeschäftigte, unabhängig von der geleisteten Stundenzahl, verlangt. Systeme der dauernden Bereitstellung von Arbeitskraft, die aber nur für die wirklich abgerufenen Arbeitsstunden bezahlt wird, sollen ausgeschlossen werden.

- Für die Verwirklichung der EG-Richtlinie für Elternurlaub, der zwischen Mutter und Vater teilbar sein soll. In diesem Sinne unterstützen wir die Klage der EG-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof, die die Regelung des Mutterschaftsurlaubs bei uns kritisiert, weil sie nicht mit der Zweiten EG-Richtlinie zur Gleichstellung der Frau am Arbeitsplatz in Übereinstimmung steht. Denn der Urlaub kann nur von der Frau und nicht vom Mann genommen werden. Diese Einschränkung wirkt sich diskriminierend bei der Beschäftigung von Frauen aus.

Statt den Mutterschaftsurlaub zu kürzen und schlechter zu finanzieren als bisher, müßte ihn die konservative Bundesregierung in einen nicht-diskriminierenden Elternurlaub umwandeln.

- Für die Einlösung der bestehenden EG-Richtlinien zugunsten von Frauen, nämlich der „Richtlinie über

gleiches Entgelt für Männer und Frauen“ und der „Richtlinie über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zum Beruf, der Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg“. Die gesetzliche Umsetzung in der Bundesrepublik, das „Arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz“, ist unzureichend. Wir fordern deshalb seine Novellierung:

- o Sollvorschriften sind in Mußvorschriften umzuwandeln, z. B. bei der Forderung nach geschlechtsneutraler Ausschreibungen von Stellen.
  - o Auch mittelbare Diskriminierungen, die sich gegen die gleichen Chancen für die Einstellung von Frauen auswirken, müssen erfaßt werden, z. B. Altersgrenzen beim Zugang zu Berufen oder Lohnsystemen, die Frauen benachteiligen.
  - o Verstöße gegen das Gleichberechtigungsgebot sind mit fühlbaren Sanktionen zu belegen.
  - o Die Beweislast für die Nicht-Diskriminierung ist eindeutig dem Arbeitgeber zuzuweisen.
- Für eine EG-weite Informationskampagne, die endlich die Frauen in der Europäischen Gemeinschaft umfassend und direkt über die Möglichkeiten unterrichtet, die die EG-Richtlinien für die Gleichberechtigung von Frauen bieten. Die Regierungen haben dies bisher wohlweislich unterlassen, weil sie den Druck der sich dann bildenden öffentlichen Meinung fürchten. Wir wollen diese öffentliche Meinung mit allen Kräften mobilisieren für die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen in Europa.

## V. Ein starkes und solidarisches Europa kann den Weg weisen zum Frieden mit der Natur

Die technische Macht des Menschen über die Natur ist so gewachsen, daß nicht mehr der Schutz des Menschen vor der Naturgewalt, sondern der Schutz der Natur vor der technischen Gewalt des Menschen vorrangig geworden ist. Wir Sozialdemokraten wollen wirtschaftliche Interessen und die Ansprüche an eine gesunde Umwelt zum Ausgleich bringen, so daß sowohl die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft wie die Ausbeutung der Natur eingeschränkt wird. Wir wollen Frieden mit der Natur suchen und unsere Umwelt erhalten. Darin sehen wir auch Chancen für sinnvolles wirtschaftliches Wachstum und für neue Möglichkeiten der Beschäftigung.

Umweltschutz hat mit der Humanisierung der Arbeit zu tun. Arbeitnehmer werden von Umweltbelastungen am stärksten betroffen. Sie sind den Giften am Arbeitsplatz immer noch ausgesetzt, trotz aller von den Gewerkschaften durchgesetzten Fortschritte. Sie können sich vor den Belastungen der Umwelt auch im Wohn- und Freizeitbereich kaum schützen.

Der Bedrohung, Vergiftung und teilweisen Zerstörung der natürlichen Umwelt kann nicht mehr nur im nationalen Rahmen begegnet werden. Nur gemeinsam können wir die europäischen Flüsse, vor allem den Rhein, sanieren, die Verschmutzung der Nord- und Ostsee, des Mittelmeeres und des Atlantik bekämpfen und die Gewässer als Nahrungsmittelreservoir und Erholungsgebiete erhalten. Zerstörung und Vergiftung

der Umwelt machen vor keiner Grenze halt. Besonders der Saure Regen und das durch diesen jedenfalls mitverursachte Waldsterben führt uns dies eindringlich vor Augen.

### 1. Für Frieden mit der Natur

Die Umweltpolitik ist in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Arbeitsfeld der Gemeinschaft geworden. Gegen hinhaltenden Widerstand von Interessengruppen und deren politischen Hilfstruppen konnten wichtige Schritte in die richtige Richtung getan werden:

- Mit der Seveso-Richtlinie zur Verhütung schwerer Industrieunfälle und ihrer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Damit konnte erstmals die Unterrichtung sowohl der Arbeitnehmer der betreffenden Industriebetriebe als auch der Anwohner über gefährliche Stoffe erreicht werden;
- Mit der Richtlinie über giftige und gefährliche Abfälle und dem neuen Vorstoß, ihren grenzüberschreitenden Transport zu verringern und zu kontrollieren. So wird endlich versucht, den Giftmülltourismus einzudämmen und Gefährdungen von Mensch und Natur zu vermeiden.
- Mit einem verbesserten europäischen Gewässerschutz, damit die durch die Einleitung gefährlicher Stoffe hervorgerufene Verschmutzung bekämpft werden kann. So wurden auf Gemeinschaftsebene höhere Grenzwerte für die Ableitung von Quecksilber in Gewässer festgelegt. Zur Verhinderung der Ölverschmutzung der Meere wurde ein gemeinschaftliches Informationssystem beschlossen. Zusätzliche Vorschläge für die Sicherheit im maritimen

Transport wurden vom Europäischen Parlament vorgelegt;

- durch die Unterzeichnung eines Übereinkommens im Rahmen der UNO-Wirtschaftskommission zur Verhinderung weiträumiger grenzüberschreitender Luftverschmutzung wurden Voraussetzungen geschaffen für die Bekämpfung der sauren Niederschläge oder der Smogverschmutzung. Vom Ministerrat wurde eine Richtlinie über Qualitätsnormen für Blei in der Atmosphäre verabschiedet;
- mit der EG-Ratifizierung eines Übereinkommens des (aus 21 Staaten bestehenden) Europarats zur Erhaltung freilebender Tiere und wildwachsender Pflanzen und ihrer natürlichen Lebensräume in Europa;
- mit einem Gemeinschaftsvorschlag zur Förderung der Verwendung von Altpapier und Recycling-Papier, besonders in den Gemeinschaftsinstituten, staatlichen Verwaltungen und sonstigen amtlichen Stellen.

Der Richtlinienentwurf einer Umweltverträglichkeitsprüfung für öffentliche und private Vorhaben bildet einen Meilenstein auf dem Weg zur Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Wir wollen – mit dem Europäischen Parlament – daß der Rat ihn endlich beschließt. Er trägt entscheidend dazu bei, daß Umweltschutz sich nicht auf nachträgliche Schadensbehebung beschränkt.

Umweltschutz muß zu einer Politik des Friedens mit der Natur und der vorausschauenden Schadensverhütung weiterentwickelt werden. Das ist nur möglich, wenn in allen Bereichen der Politik dieser Grundge-

danke aufgenommen wird. Dies gilt besonders für die moderne Land- und Forstwirtschaft, aber auch für die Energie-, Wirtschafts-, die Entwicklungs- und Regionalpolitik. Die von der EG-Kommission vorgeschlagene stärkere Hinwendung zu einer vorbeugenden Umweltpolitik wird von uns Sozialdemokraten gestützt.

Unsere zentralen Forderungen sind:

- Drastische Maßnahmen zur Verbesserung der Luft;
- Notprogramm gegen das Waldsterben – vor allem die unverzügliche Einführung von bleifreiem Benzin;
- Stufenplan zur Sanierung der grenzüberschreitenden Flüsse und der Meere;
- Schutz des Grundwassers;
- wirksame Kontrolle von gefährlichen Stoffen und Giftmüll und des grenzüberschreitenden Transports von Giftmüll;
- Beendigung der Zerstörung des Bodens durch eine unzuweckmäßig betriebene Landwirtschaft;
- weniger Landverbrauch;
- Schutz der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten und der natürlichen Lebensräume; Einsatz für artgerechte Tierhaltung und für die Verminderung von Tierversuchen; Förderung alternativer Versuchsmethoden;
- Wiederverwertung von Rohstoffen bei der Abfallwirtschaft;
- europäische Forschung auf dem Gebiet des Umweltschutzes;
- Prüfung von Investitionen auf ihre Umweltverträglichkeit;

- Beteiligung der Bürger an Entscheidungen über umweltverändernde Vorhaben.

## **2. Für mehr Arbeitsplätze durch aktiven Umweltschutz**

Zwischen Ökonomie und Ökologie gibt es allenfalls vordergründig einen Gegensatz. Ein verbesserter Umweltschutz kann der wirtschaftlichen Zukunftssicherung dienen und Beschäftigung sichern: in der Umweltschutz- und Entsorgungsindustrie entstehen neue Arbeitsplätze; die Investitionsgüterindustrie profitiert vom Zwang zur Sanierung alter Industrie und Kraftwerksanlagen. Beschäftigungswirksam sind auch alle Maßnahmen, die gleichzeitig der Umwelt Entlastung bringen und der Energieeinsparung dienen. Dies gilt für den Ausbau der Fernwärmeversorgung wie für die Wärmedämmung des vorhandenen Gebäudebestandes.

Auch der vorzeitige Austausch langlebiger Konsumgüter (wie etwa Haushaltsgeräte) durch neue energiesparende Modelle, kann gefährdete industrielle Arbeitsplätze erhalten helfen. Den gleichen Effekt hätte eine Verschärfung der Abgabe- und Lärmvorschriften für Kraftfahrzeuge, die ganz besonders der Entgiftung von Ballungsregionen und Innenstädten zugute käme. Die gegenwärtige unzulängliche Auslastung unserer Produktionskapazitäten darf uns nicht veranlassen, bei den umweltpolitischen Zielen zurückzustecken. Im Gegenteil: Anreiz und Zwang zur rascheren Entwicklung umweltfreundlicher Produkte erhöhen die Nachfrage auf dem europäischen Markt und verbessern, mittelfristig auch die Wettbewerbschancen der europäischen Wirtschaft auf den Weltmärkten.

## **3. Für die Interessen der Verbraucher**

Die Verbraucher sehen zunehmend ihre Gesundheit und Sicherheit, ihre Lebensqualität und ihr allgemeines Wohlbefinden bedroht durch gesundheits-schädliche und vergiftende Produkte und Produktionsverfahren und eine immer lebensfeindlichere Umwelt. Gegen gefährliche Chemikalien in den Lebensmitteln, krebserzeugende Gifte und Schwermetalle in der Umwelt, schädliche Nebenwirkungen von Arzneimitteln, fehlerhafte medizinische Geräte, Unfälle im Haushalt und in der Freizeit können Verbraucher sich nur in begrenztem Maße durch eigenes Verhalten schützen. Wirksame politische Maßnahmen sind notwendig – nicht nur national, sondern auch europäisch –, um den Vorrang des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit der Verbraucher vor den Interessen der Anbieter durchzusetzen.

Zahlreiche Initiativen der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament waren erfolgreich:

- zur Frage von Zusätzen in Lebensmitteln
- zum Schutz vor den Gefahren des Asbest
- zum Drogenmißbrauch
- zum Schutz der Rechte des einzelnen, angesichts der fortschreitenden technischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Datenverarbeitung.

Nach wie vor werden die gemeinschaftlichen Aktivitäten in der Verbraucherpolitik von der Unfähigkeit oder Unwilligkeit des Ministerrats gebremst, über Richtlinienvorschläge Entscheidungen zu treffen. Das gilt besonders für die vom Europäischen Parlament verabschiedete wichtige Richtlinie zur Produkthaftung.

Wir Sozialdemokraten fordern endlich Beschlüsse im Rat und werden uns für ihr Zustandekommen einsetzen.

## **VI. Um stark und solidarisch zu werden, muß Europa seinen Agrarmarkt vernünftiger gestalten und mit den Finanzmitteln rationeller umgehen**

Die Wirtschafts- und Finanzkraft der EG-Länder ist beträchtlich. Die Mittel, die direkt oder indirekt von den europäischen Institutionen in Anspruch genommen werden, haben eine Größenordnung erreicht, mit der wirtschaftliche und soziale (und damit auch politische) Strukturen verändert werden können. Dies erfordert politische Vorgaben und demokratische Kontrollen.

Finanzpolitischer Dreh- und Angelpunkt der EG ist der Gemeinsame Agrarmarkt, der in seiner gegenwärtigen Verfassung für uns nicht akzeptabel ist: er ist weder ökonomisch noch ökologisch vernünftig, menschliche und sachliche Ressourcen werden fehlgeleitet, und er bietet nicht einmal die Gewähr für die soziale Sicherheit der ländlichen Regionen in Europa.

Eine wichtige Aufgabe ist deshalb die Reform des Agrarmarktes, auch um Mittel für wichtige Aktivitäten in anderen Feldern frei zu machen.

### **1. Kritik an der EG-Agrarpolitik**

Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) hatte eine Schlüsselstellung beim Start der Europäischen Gemeinschaft. Heute aber blockiert sie wegen ihres finanziellen Bedarfs andere Gemeinschaftspolitiken. Sie gefährdet wegen zunehmender Interessenkonflikte den Zusammenhalt der Gemeinschaft und ihre Auswüchse belasten nicht nur die Umwelt sondern auch die Beziehung zwischen der Gemeinschaft und den Verbrau-

chern. Die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft ist nicht möglich ohne die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament haben sich seit der Direktwahl 1979 für diese Reformen eingesetzt. Wir kritisieren an der gemeinsamen Agrarpolitik:

- Die Belastung des EG-Haushalts durch weiterhin unbegrenzt ansteigende Agrarausgaben ist nicht länger hinnehmbar. Die Agrarausgaben verhindern einen wirkungsvollen Einsatz der EG in anderen Bereichen, z. B. bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Indem das praktizierte EG-Agrarsystem eine landwirtschaftliche Einkommenspolitik über die Abnahmegarantie zu Mindestpreisen auch für Produktmengen betreibt, die nicht am Markt absetzbar sind, schafft es zwangsläufig selbst den Anreiz zu einer Ausweitung der Produktion. So werden die Überschüsse durch den Einsatz öffentlicher Mittel buchstäblich systematisch erzeugt, und die Handhabung der agrarpolitischen Instrumente muß zwangsläufig immer mehr öffentliche Mittel erfordern.
- Sie verwendet Steuermittel um die in der Landwirtschaft bestehenden großen Einkommensunterschiede weiter zu vergrößern. Sie läßt den bereits Wohlhabenden große Gewinne zukommen, ohne den wirklich Bedürftigen nachhaltig helfen zu können. Der Abstand zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen landwirtschaftlichen Betrieben sowie das Ungleichgewicht zwischen wohlhabenden und armen Regionen wie auch zwischen

den nördlichen und den südlichen Mitgliedstaaten vergrößern sich trotz steigender Agrarausgaben.

- Sie hat die Agrarstrukturpolitik vernachlässigt. Obwohl auf der Gründungskonferenz des Gemeinsamen Agrarmarktes in Stresa Preis- und Strukturpolitik als gleich bedeutsame Elemente der Agrarpolitik festgelegt wurden, fließen nicht einmal 6 Prozent des EG-Agraretats in diesen Bereich. Die bisher betriebene Strukturpolitik ist selbst in verschiedener Hinsicht reformbedürftig. Viele Probleme in der Landwirtschaft haben strukturelle Ursachen. Die bisherigen Versuche, sie mit den Mitteln der Preispolitik zu lösen, mußten daher scheitern.
- Sie belastet Verbraucher und Steuerzahler durch überhöhte Preise für Nahrungsmittel und zusätzlich durch die Kosten der Überschußverwertung. Diese ist nicht nur teuer, sondern hat derartig unsinnige Formen angenommen, daß sie dem Ansehen der Gemeinschaft schweren Schaden zufügt.
- Sie verursacht Verschwendung und Fehlleitung von Ressourcen und trägt zur Zerstörung der Umwelt bei. Die Produktion, Verarbeitung, Lagerung, zum Teil auch Vernichtung der Überschüsse bedeutet eine Verschwendung von menschlicher Arbeitskraft, von Energie und Rohstoffen. Das System hoher Garantiepreise für unbegrenzte Absatzmengen verursacht diese am Bedarf vorbeigehende Erzeugung. Da die bisherige gemeinsame Agrarpolitik darüber hinaus kaum Auflagen gemacht und keine Anreize zu ressourcenschonender Arbeitsweise gegeben hat, führen auch gewisse landwirtschaftliche Produktionsverfahren zur Verschwendung von Res-

ourcen (z.B. Überdüngung der Böden, Übermechanisierung vieler Betriebe u. ä.).

- Das Garantiepreissystem, das die Ausweitung der Erzeugung über den Bedarf hinaus fördert, verbunden mit finanzieller Unterstützung, z. B. für die Trockenlegung von Feuchtgebieten oder das Anlegen breiter Wirtschaftswege, haben die Vernichtung von Lebensräumen vieler Wildpflanzen und -tiere begünstigt. Unzureichende Förderung der landwirtschaftlichen Beratung, fehlende Auflagen für die Ausbringung von Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln, sowie die Bewertung vieler Produkte nach rein äußerlichen Kriterien, haben den Einsatz von Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln stark steigen lassen, häufig über jedes vernünftige Maß hinaus. Die zunehmende Belastung des Grundwassers mit Nitrat ist eine der Folgen.
- Sie hat das Bedürfnis der Verbraucher nach gesunden, unbelasteten Nahrungsmitteln hinter die Interessen von Landwirten, Handel und Industrie gestellt. Richtlinien und Verordnungen, die zu einer möglichst weitgehenden Einschränkung der Verwendung von Pflanzenbehandlungs- und Tierarzneimitteln sowie von Zusatzstoffen führen, wurden bisher nicht erlassen. Zum Teil fördern sogar die EG-Qualitätsnormen (z. B. bei Obst und Gemüse), die lediglich Größe und schönes Aussehen prämiieren, die überreichliche Verwendung von Dünger und Pflanzenbehandlungsmitteln.
- Sie belastet zunehmend die Handelsbeziehungen zu Drittländern. Ihr Grundprinzip der „Gemeinschaftspräferenz“ dient vor allem in wirtschaftlich schwieri-

gen Zeiten zunehmend als Vorwand, um weiteren Protektionismus zu fördern. Durch zunehmenden Außenschutz verringern sich die Absatzchancen für Drittländer auf dem EG-Markt. Bei Erzeugnissen, die nicht unter Marktordnungen fallen, drängt die EG auf „Selbstbeschränkungsabkommen“. Zusätzlich verdrängen die subventionierten EG-Exporte Drittländer von ihren traditionellen Absatzmärkten.

- Sie hat eine wachsende Verwaltungswirtschaft nach sich gezogen, die selbst zu einem zusätzlichen Hindernis für die notwendige Reform der GAP geworden ist. Darüber hinaus hat das Dickicht der Subventionen und anderer Markteingriffe die Wirtschaftskriminalität geradezu gefördert, beides schadet dem Ansehen der Gemeinschaft.

## 2. Reform der Agrarpolitik

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament fordern deshalb:

- Einschränkung des Systems der unbegrenzten Preisgarantie, damit über den Markt Angebot und Nachfrage wieder aneinander angeglichen werden können. Es werden keine Marktordnungen mehr geschaffen, die eine unbegrenzte staatliche Ankaufspflicht begründen.
- Einkommensschwache Landwirte sollten direkte Einkommensbeihilfen erhalten, die mit umweltverträglichen Auflagen versehen und insbesondere in landbaulich schwierigen Lagen gewährt werden sollten.
- Ausbau und Verbesserung der Agrarstrukturpolitik sowie ihre bessere Verzahnung mit der Regional-

politik. Ziel dieser Politik muß sein, ländliche Regionen mit geeigneter Hilfestellung in die Lage zu versetzen, Waren und Dienstleistungen zu produzieren, die auch in einer Situation zunehmender Konkurrenz Absatz finden. Dabei muß für Sozialdemokraten die Förderung kooperativer Wirtschaftsformen besonderes Gewicht erhalten.

- Die Gemeinsame Agrarpolitik muß gezielt Anreize zum schonenden Umgang mit Ressourcen geben. Energieverschwendende Prozesse, wie die Trocknung von Überschußmilch, die Destillation von nicht absetzbarem Wein oder die Erzeugung von Gemüse in beheizten Gewächshäusern dürfen nicht länger gefördert werden. Dem verschwenderischen Umgang mit Düngemitteln ist durch verbesserte und intensiviertere Beratung, auch über Möglichkeiten zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, entgegenzuwirken. Gegebenenfalls ist die Einhaltung von Anwendungsregeln vorzuschreiben. Bei der Vergabe von Investitionsbeihilfen muß die Frage möglicher Ressourcenverschwendung intensiv geprüft werden.
- Flurbereinigung, landwirtschaftlicher Wegebau oder Entwässerungsmaßnahmen dürfen nur noch durchgeführt werden, wenn sie mit Umweltschutzgesichtspunkten in Einklang zu bringen sind. Die Möglichkeiten, auch der Landwirtschaft aus Umweltschutzgründen Auflagen zu erteilen, müssen verbessert werden. Dringend erforderlich ist die Abkehr von der vorbeugenden Anwendung von Pflanzenbehandlungsmitteln und die Hinwendung zu Vorbeugemaßnahmen wie Sortenwahl, Züchtung resistenter Sorten, Stärkung der natürlichen Abwehr-

kräfte der Pflanzen wie des gesamten Agrarökosystems. Pflanzenbehandlungsmittel sollten nur noch bei Erreichen einer wirtschaftlichen Schadschwelle angewendet werden. Gleichzeitig muß die Zulassung von Pflanzenbehandlungsmitteln dem Umwelt- und Gesundheitsschutz stärker Rechnung tragen. Das geltende Recht in diesem Bereich ist erheblich zu verschärfen. Forschung und Beratung müssen ausgebaut und verbessert werden.

- Die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Nahrungsmitteln muß durch die landwirtschaftliche Produktion sichergestellt werden. Die Gesetzgebung, die Anwendung von Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln sowie Tierarzneimitteln regelt, ist stärker an den Erfordernissen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes auszurichten. Es ist eine kritische Bestandsaufnahme der Verunreinigungen der Nahrung durch Umweltgifte erforderlich. Danach sind systematisch alle möglichen Quellen der Umweltbelastung, soweit sie menschlich beeinflussbar sind, auszuschließen. Generell ist die Rückstandsforschung wie auch die Entwicklung praktikabler Nachweismethoden für Rückstände zu intensivieren und verstärkt zu fördern.
- Wir unterstützen Verhandlungen zur Stabilisierung von Futtermittelimporten.
- Alle landwirtschaftlichen Marktordnungen sind so weit wie eben möglich zu vereinfachen; Beihilfen und andere Markteingriffe auf das Notwendigste zu begrenzen. Es muß darauf hingewirkt werden, daß die Abstimmung der verschiedenen Interessen im Rahmen der europäischen Institutionen verbessert

wird; nur so läßt sich verhindern, daß auch in Zukunft EG-Agrarpolitik fast ausschließlich im Interesse bestimmter Gruppen von Landwirten betrieben wird.

### 3. Für eine sinnvollere Verwendung der Finanzen

Sozialdemokraten arbeiten im Europäischen Parlament dafür, daß das Geld der Gemeinschaft sinnvoller ausgegeben und seine Verwendung schärfer kontrolliert wird. Wir wollen

- den hohen Anteil der Agrarausgaben, die mehr als zwei Drittel des Haushalts ausmachen, verringern: die Reform der Agrarpolitik ist auch haushaltspolitisch dringend notwendig;
- den Regional- und Sozialfonds besser ausstatten, damit die wohlhabenden Regionen die schwächeren unterstützen und nicht umgekehrt;
- statt sinnloser landwirtschaftlicher Überschußverwertung europäische Beschäftigungs-, Energie- und Forschungspolitik finanzieren;
- Mittel freibekommen zum Kampf gegen den Hunger in der Welt.

Ohne grundlegende Haushaltreform ist zu befürchten, daß auch bei zusätzlichen Einnahmen der Gemeinschaft der Haushalt weiterhin vornehmlich der Finanzierung landwirtschaftlicher Überschüsse dient. Wir halten deshalb an der Auffassung fest, daß die anstehenden Haushaltsprobleme der Gemeinschaft in den Grenzen der bestehenden Eigenmittel, insbesondere unter Einhaltung der 1%-Mehrwertsteuergrenze, durch Einsparungen in anderen Bereichen, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Begrenzung

des Ausgabenanstiegs bei den EG-Agrarausgaben, gelöst werden müssen. Es darf nicht zu einer Erhöhung der 1%-Mehrwertsteuergrenze kommen, ohne daß über eine grundlegende Reform der EG-Agrarpolitik entschieden worden ist.

Die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal, für die wir uns ausdrücklich eingesetzt haben und einsetzen, macht die ohnehin notwendige Änderung des gegenwärtigen Finanzsystems überfällig. Forderungen nach einer Erhöhung der EG-eigenen Einnahmen als Vorbedingung für den Beitritt weisen wir aber zurück. Die sich aus dem Beitritt von Spanien und Portugal ergebenden finanziellen Fragen müssen im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft gelöst werden.

Auf europäischer Ebene sollen solche Aufgaben wahrgenommen werden, die national nicht wirksam erfüllt werden können. Um den Wildwuchs der Subventionen zu bekämpfen und die Gelder wirkungsvoll einzusetzen, muß klar sein, welche Aufgaben von der Gemeinschaft und welche gemeinsam mit den Mitgliedstaaten erfüllt werden. Auf der Grundlage einer solchen Aufgabenabgrenzung ist über den Gemeinschaftsbedarf an eigenen finanziellen Mitteln zu entscheiden.

Das geltende Finanzsystem der Gemeinschaft hat zu unausgewogenen Belastungen einzelner Mitgliedstaaten geführt; die jährlichen Verhandlungen über Ausgleichsmaßnahmen setzen die Gemeinschaft einer schweren Belastung aus. Um den Notwendigkeiten einer Zwölfergemeinschaft gerecht zu werden, wollen wir ein Finanzsystem, das die unterschiedliche Finanzkraft der Mitgliedstaaten berücksichtigt und des-

sen ausgleichende und umverteilende Wirkung größer ist, als es derzeit der Fall ist. Dies würde dann ausschließen, daß einige Länder Nutznießer der EG-Finanzverfassung sind, obwohl ihr Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner deutlich über dem Durchschnitt der Gemeinschaft liegt, während andere Länder mit geringerem Wohlstand über Gebühr belastet werden. Wir fordern eine größere Ausgewogenheit der finanziellen Belastungen in der Gemeinschaft.

Zugleich wollen wir, daß in der EG verantwortungsbewußt und sparsam gewirtschaftet wird. Durch Einsparung von Ausgaben bei der Überschußfinanzierung in der Agrarpolitik können und müssen Mittel für Zukunftsausgaben freigemacht werden. In allen Bereichen muß der Wildwuchs von Subventionen bekämpft und die Mittelverschwendung scharf kontrolliert werden. Sozialdemokraten haben sich erfolgreich um mehr Haushaltskontrolle durch das Europäische Parlament bemüht und werden sich auch weiter dafür einsetzen.

## VII. Unsere Zeit braucht ein demokratisches Europa

Die Zahl der Länder in der Welt ist klein, in denen die bürgerlichen Freiheitsrechte, der Schutz der Persönlichkeit, die soziale und politische Entfaltung des einzelnen ähnlich stark wie in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft gewährleistet sind. Europa ist zwar der alte Kontinent, aber die Hoffnungen vieler in der Welt, die nach einem humanen Weg in die Zukunft suchen, richten sich eher auf das, was wir in Europa tun, als auf die Modelle der Supermächte.

Für uns Sozialdemokraten bestimmt seit dem vorigen Jahrhundert das demokratische Prinzip Weg und Ziel zugleich. Viele von unseren Vorgängern haben dafür mit dem Leben bezahlt, mancher in unseren Reihen hat Leben und Gesundheit dafür riskiert. Für uns ist nur ein demokratisches Europa ein starkes Europa. Dafür kämpfen wir auf allen politischen und gesellschaftlichen Feldern.

### 1. Für die Ausweitung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments

Wir Sozialdemokraten sehen im Europäischen Parlament, der frei und direkt gewählten Vertretung der Bürger der Europäischen Gemeinschaft, den Schrittmacher bei der Bewältigung der vor uns liegenden Aufgabe. Die direkte Wahl des Europäischen Parlaments, wie sie 1979 durchgeführt wurde, war ein Schritt zur Demokratisierung der Gemeinschaft. Sie hat diese aber bisher nicht handlungsfähiger und nur wenig durchschaubarer gemacht. Den Kontroll- und Konsultationsrechten des Europäischen Parlaments

stehen zu geringe Mitwirkungsbefugnisse bei der Gestaltung europäischer Politik zur Seite.

Die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft sind historisch ohne Vorbild. Sie sind kein Zweck an sich, sondern aufgabenbezogen fortzuentwickeln.

Das institutionelle Konzept und die bisherige Praxis haben vier Hauptfehler oder Fehientwicklungen:

- Das Parlament ist zu schwach in seinen Zuständigkeiten, um demokratische Kontrolle, Mitwirkung und Entscheidung zu garantieren;
- der Rat ist oft entscheidungsunfähig oder er entscheidet zu spät oder auf einem zu niedrigen gemeinsamen Nenner;
- die Tendenz zur Zentralisierung ist zu groß; die Vielfalt der Einheit, die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung bei der Durchführung und Anwendung von Beschlüssen ist nicht ausreichend gewahrt;
- das Zusammenspiel zwischen europäischer, nationaler und lokaler beziehungsweise regionaler Ebene ist nicht ausreichend organisiert.

Wir Sozialdemokraten wollen diese vier Hauptmängel abstellen, statt wie die konservativen Parteien umfassende Verfassungsentwürfe für eine Politische Union vorzulegen, denen der Bezug zu den wirklichen Problemen und Aufgaben fehlt. Dazu gehört als erster Schritt die Rückkehr des Ministerrats zu den vertraglich vorgesehenen Entscheidungsverfahren.

Unser Beitrag zur institutionellen Reform konzentriert sich vor der zweiten Direktwahl darauf,

- dem Europäischen Parlament ein erweitertes und verbessertes Haushaltsrecht, ein Initiativrecht im

Gesetzgebungsverfahren der Gemeinschaft und Mitentscheidung bei Gemeinschaftsbeschlüssen zu Verordnungen, Richtlinien, Vertragsänderungen und außenpolitischen Verträgen zu geben; ferner soll es vor der Ernennung einer neuen Kommission durch den Rat konsultiert werden;

- den Ministerrat, ähnlich wie im Haushaltsverfahren durch Fristabläufe zur Entscheidung zu zwingen und ihm - besonders bei Übereinstimmung zwischen Parlament (mit qualifizierter Mehrheit) und Kommission - Veränderungen und Ablehnung stufenweise zu erschweren;
- das Prinzip der Beteiligung der betroffenen Bevölkerung immer dann, wenn es sachlich möglich und notwendig ist - wie im Richtlinienvorschlag der Kommission zur Umweltverträglichkeitsprüfung - verbindlich im Vertrag zu verankern. Daneben kämpfen wir für ein einheitliches System bei den zukünftigen Direktwahlen zum Europäischen Parlament;
- das Zusammenspiel zwischen den Entscheidungs- und Handlungsebenen bei der Durchführung von Beschlüssen und der Umsetzung in nationales Recht beziehungsweise in die Praxis zu verbessern.

Wir wollen für die Bürger Europas mehr Einwirkungsmöglichkeiten erreichen und zwischen ihnen und der Europäischen Gemeinschaft mehr demokratische Verbindung und Durchschaubarkeit schaffen. Dies heißt für uns auch: Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten sollen im Lande ihres ständigen Wohnsitzes das Wahlrecht für die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Möglichkeit erhalten, wahlweise die

Kandidaten ihres Aufenthaltslandes zu wählen. Außerdem sollen sie das aktive und passive Kommunalwahlrecht erhalten. Wir glauben, daß die Menschen von uns einen Beitrag zur Lösung der großen gemeinsamen Probleme erwarten und nicht, daß wir in abstrakte Verfassungsdiskussionen wie in den fünfziger Jahren flüchten.

## 2. Für Zusammenarbeit über die EG hinaus

Europa ist größer und Europa ist mehr als die heutige Europäische Gemeinschaft, auch wenn wir sie als die Organisation betrachten, mit deren Gründung der entscheidende historische Schritt zu einem immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker getan wurde, auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa, die wir schon in unserem Heidelberger Programm von 1925 gefordert haben.

Die Erweiterung der Gemeinschaft über die sechs Gründerstaaten hinaus war für uns von Anfang an eine historische und politische Notwendigkeit. Der Beitritt von Großbritannien, Irland und Dänemark 1973 ist nicht zuletzt der ersten sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu verdanken. Wir bedauern, daß es damals nicht gelungen ist, Beitrittsbedingungen auszuhandeln, die es auch Norwegen erstrebenswert gemacht hätten, Mitglied zu werden.

Wir begrüßen es, daß Griechenland, nachdem es zur Demokratie zurückgekehrt ist, inzwischen Mitglied wurde, ebenso wie wir es jetzt für die vordringliche Aufgabe der Gemeinschaft halten, die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal möglichst bald im gegenseitigen Interesse zu einem positiven Abschluß zu bringen.

Wir wollen, daß über unsere Zugehörigkeit zur Gemeinschaft nicht die Pflege nachbarschaftlicher und partnerschaftlicher Beziehungen zu den anderen europäischen Demokratien vernachlässigt wird, die ihr nicht oder noch nicht angehören. Denn wir halten es für die Aufgabe der Gemeinschaft, über sich selbst hinaus die europäische Zusammenarbeit zu vertiefen und das in Kultur und Geschichte wurzelnde Zusammengehörigkeitsgefühl zu verstärken.

Dabei denken wir in erster Linie an die neutralen Länder, an Skandinavien, an die Mitgliedstaaten des Europarats, jener umfassenden europäischen Organisation, der wir die Europäische Menschenrechtskonvention verdanken und wichtige Impulse z. B. in der kulturellen Zusammenarbeit, im Jugendaustausch, für den Umweltschutz. Für die Zukunft Europas erhoffen wir eine ständige Annäherung zwischen EG und Europarat, eine noch fruchtbarere Ergänzung der von ihnen wahrgenommenen Aufgaben.

Zu Europa gehören auch die Völker Osteuropas. Daß durch unseren Kontinent die Scheidelinie zwischen den Einflusssphären der beiden Supermächte verläuft, ist zwar Folge des von Hitlerdeutschland angezettelten Weltkriegs, aber es gibt kein unabänderliches historisches Gesetz, das die Teilung Europas festschreibt.

Europa ist die Idee, die über die heute gegeneinander errichteten Blöcke hinausweist. Manches spricht dafür, daß differenziertere Strukturen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Teilen Europas für die Zukunft Europas entscheidend sein können, wenn es uns gelingt, die drohende Selbstvernichtung der Menschheit zu verhindern.

Die beharrliche Politik der Entkrampfung und der Zusammenarbeit über die Blöcke hinweg hat das Gefühl für gemeinsame Interessen des gesamten Europa wachsen lassen. Das hat nicht nur zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geführt, sondern auch zu der wachsenden Einsicht in den europäischen Völkern, daß sie in der Konfrontation der Blöcke alle miteinander die Verlierer sind. Das Schlußdokument der KSZE-Konferenz von Madrid läßt dies spüren.

Es geht darum in Europa die Sicherheitspartnerschaft zu beginnen, fest zu verankern und alles zu tun, daß aus ihr eines Tages eine freiheitliche Ordnung des Friedens in Europa werden kann. Mehr Kontakt zwischen den Menschen, Wissenschafts-, Informations- und Kulturaustausch können die historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten des ganzen Europa deutlich werden lassen und zwischen den Menschen und Völkern Europas Brücken bauen.

Auch die Europäische Gemeinschaft hat hier im wirtschaftlichen Bereich, bilateral und zunehmend auch multilateral, eine wichtige Aufgabe. Neue nachbarschaftliche Aufgaben treten hinzu: Von der Reinhaltung der Flüsse zur Säuberung der Ostsee, von gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung des Waldsterbens zu mehr Verkehrsverbindungen.

Damit werden die Unterschiede der Gesellschaftssysteme nicht aufgehoben. Aber es geht darum, sie den gemeinsamen Interessen an einer Ordnung des Friedens, der Zusammenarbeit und des freieren Austauschs unterzuordnen.

### 3. Für soziale Demokratie in Europa

Zu den Grundwerten des demokratischen Sozialismus gehören von Anfang an die Prinzipien der Demokratie und der internationalen Solidarität. Die europäische Sozialdemokratie, ihre Organisationen und Parteien entstanden aus Protest, als eine Widerstands- und Selbsthilfebewegung der Arbeiter gegen die Unmenschlichkeit des Kapitalismus und Nationalismus. Eben weil diese Entwicklung nicht auf ein Land beschränkt war, waren die internationale Solidarität und die gemeinsame Aktion die Antwort der Unterdrückten und Benachteiligten. Der Kampf um eine gerechte, demokratische und solidarische internationale Friedensordnung gehörte von Anbeginn zu den Zielen der deutschen und europäischen Sozialdemokratie. Die Erfahrungen aus unserer über 120jährigen Geschichte geben uns den Mut, die großen Herausforderungen unserer Zeit an der Seite unserer Schwesterparteien zu bestehen.

Unsere Forderung nach einem Ausbau Europas zu einer Friedensgemeinschaft, in der sich der soziale Friede nach innen, der Friede mit der Natur und der Friede nach außen verwirklichen, knüpft an die historischen Wurzeln der völkerversöhnenden Politik von August Bebel und Jean Jaurès an. Es erinnert an das Bekenntnis der SPD in ihrem Heidelberger Programm, wo es heißt: Die SPD „tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“

Als für Europas Konservative und Liberale der Na-

tionalstaat noch als einer der höchsten politischen Werte galt, war der Gedanke des Internationalismus in der deutschen Sozialdemokratie ebenso fest verankert wie in den Reihen der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Diese Tradition haben wir fortgesetzt: durch unsere Mitarbeit in der Sozialistischen Internationale, im Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments.

In ihr wirken Parlamentarier aus dreizehn Parteien aus zehn Ländern zusammen, die ein vielfach unterschiedliches historisches Erbe tragen. Ihr gemeinsames Ziel ist aber ein menschlicheres Europa mit gleichen Chancen für alle Bürger, eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Unsere gemeinsame europäische und zugleich deutsche Aufgabe heißt jetzt:

- Europa wird eine starke Friedensgemeinschaft unter den Völkern;
- Europa bekennt sich zur sozialen Demokratie;
- Europa bekennt sich zur Solidarität mit den weniger entwickelten und den ärmsten Ländern der Dritten Welt.

Wir bitten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, mit der SPD einzutreten: für ein starkes und solidarisches Europa!

## Stichwort-Verzeichnis

### A

Abrüstung 15  
 Agrar-  
   etat 59  
   markt 57  
   politik 8, 11, 17, 57, 61  
   politik, gemeinsame (GAP) 57, 58, 61, 62  
   strukturpolitik 59, 61  
   wirtschaft 17  
 AKP-Staaten (Afrikanische, karibische, pazifische Staaten) 18  
 Altpapier 52  
 Arbeit 33  
 Arbeits-  
   losigkeit 7, 11, 22, 24, 38  
   leben 44  
   markt 23  
   platz/plätze 27, 31, 32, 38, 39, 54  
   schutz 36  
   welt 36  
   zeit 22  
   zeitverkürzung 33 ff., 47  
 Asbest 55  
 ASEAN-Staaten 18  
 Außenhandelspolitik 40  
 Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie 37

### B

Beschäftigungspakt, europäischer 22, 23  
 Beschäftigungspolitik 33, 37

Beteiligung  
   der Bürger 54  
   der betroffenen Bevölkerung 69  
 Betriebsräte, europäische 36  
 Bürokratie 7

### D

Dänemark 70  
 Datenverarbeitung 55  
 Drogenmißbrauch 55  
 Düngemittel 60, 62, 63

### E

Einkommensbeihilfen 61  
 El Salvador 20  
 Elternurlaub 48  
 Embargo 6, 19  
 Energie(n) 11, 17, 23, 31  
 Energie-  
   einsparung 31  
   politik 30  
   quellen 31  
   spartechnologien 32  
   verbrauch 26  
 Entsorgungsindustrie 54  
 Entspannung 12, 15  
 Entspannungspolitik 12  
 Entwicklungsländer 16, 17, 41  
 Entwicklungs-  
   politik 53  
   zusammenarbeit 17, 18  
 EPZ (Europäische politische Zusammenarbeit) 20

Europa,  
 Vereinigte Staaten  
 von 70  
 Europäische  
 Abrüstungskonferenz 14  
 Europäische politische Zu-  
 sammenarbeit (EPZ) 20

**F**

Finanzen 64  
 Finanzsystem 65  
 Fischereipolitik 30  
 Forschungsaufgaben 25  
 Frauen 7, 44ff.  
 Frauenförderungspro-  
 gramm 45  
 Frieden 10, 11, 15  
 Friedens-  
 gemeinschaft 73  
 macht 12  
 ordnung 12, 16, 73

**G**

Garantiepreissystem 60  
 Gemeinschaftspräfe-  
 renz 60  
 Gewässerschutz 51  
 Giftmüll 53  
 Giftmülltourismus 51  
 Gleichbehandlungs-  
 gebot 49  
 grundsatz 46  
 Gleich-  
 berechtigung 44, 49  
 Gleichstellung 44, 45, 46  
 Gleichstellungs-  
 beauftragte(r) 46  
 behörde 46  
 stellen 45  
 Golf-Staaten 18  
 Griechenland 70

Großbritannien 70  
 Grundwasser 53, 60

**H**

Haushalt 58, 64  
 Haushalts-  
 kontrolle 66  
 recht 68  
 reform 64  
 Heidelberger Programm 5,  
 70, 73  
 Hochrüstung 10

**I**

Industriepolitik 9  
 Initiativrecht 68  
 Innovation,  
 sozial- und  
 umweltverträgliche 9  
 Irland 70

**J**

Jahresarbeitszeit 34

**K**

Kapitalismus 73  
 Kernenergie 30  
 Kernwaffen 13  
 Kommission (EG-) 28, 48,  
 69  
 Konsultationsrechte 67  
 Konsumgüter 54  
 Kontrolle,  
 demokratische 60  
 Kontrollrechte 67  
 KSZE (Konferenz über  
 Sicherheit und Zusammen-  
 arbeit in Europa) 19, 72  
 KSZE-Folgekonferenz 14

**L**

Landwirt(e) 60, 61  
 Landwirtschaft 39, 58, 59  
 Lebensarbeitszeit 34  
 Lebensmittel,  
 Zusätze in 55  
 Luft,  
 Verbesserung der 53  
 Luftverschmutzung 52

**M**

Menschenrechte 7, 20  
 Mikroelektronik 24  
 Ministerrat 8, 55, 68, 69  
 Mitbestimmung 34  
 Mitsprache  
 der Arbeitnehmer 23  
 Mittelamerika 20  
 Mitwirkungsrechte  
 der Arbeitnehmer 26  
 Mutterschaftsurlaub 48

**N**

Nahrungsmittel 59, 60  
 Nationalismus 73  
 Nicht-Diskriminierung 47,  
 49  
 Nicaragua 20  
 Niederschläge,  
 saure 52  
 Nord-Süd-Dialog 16, 18  
 Norwegen 70  
 Nuklearwaffen 15  
 Nuklearwaffenfreie  
 Zone 15

**O**

Ökologie 52, 54  
 Ökonomie 52, 54

Ölverschmutzung 51  
 Osteuropa 70  
 Ostsee 50, 72

**P**

Palästina  
 (Palästinenser) 20  
 Pflanzen,  
 wildwachsende 52  
 Pflanzenbehandlungsmit-  
 tel 60, 62, 63  
 Portugal 43, 65, 70  
 Preisgarantie 61  
 Produktinnovation 26

**Q**

Qualitätsnormen (EG-) 60

**R**

Recycling-Papier 52  
 Regen, Saurer 51  
 Regionalpolitik 8, 23, 42,  
 43, 61  
 Regionalfonds 38, 42, 64  
 Rohstoffe 10, 53  
 Rüstungs-  
 ausgaben 16  
 begrenzung 12  
 güter 14  
 kontrolle 15  
 wettlauf 13

**S**

Schiffsbauindustrie 29  
 Sicherheits-  
 konzept 13  
 partnerschaft 12  
 politik 15  
 Smog-Verschmutzung 52

Sozialpolitik 8  
 Sozialfonds 38, 42, 64  
 Spanien 43, 65, 70  
 Stahl-  
   arbeitsplätze 28  
   industrie 7, 21, 28, 29  
   standorte 28  
   unternehmen 28  
 Stoffe,  
   gefährliche 53  
 Strukturpolitik 27  
 Strukturfonds,  
   landwirtschaftlicher 42  
 Südafrika 21

**T**

Tiere,  
   Erhaltung  
   freilebender 52  
 Tierversuche 53  
 Tierarzneimittel 60  
 Türkei 7, 21

**U**

Überschußmilch 62  
 Umwelt 11, 26, 31, 50ff., 59  
 Umwelt-  
   politik 51  
   schutz 50ff.  
   schutzgesichtspunkte 62

schutz- und  
 Entsorgungsindustrie 54  
 verträglichkeit 53  
 verträglichkeitsprü-  
 fung 25, 28, 52

**V**

Verbraucher 55, 59  
 Verbraucherpolitik 55  
 Vredeling-Richtlinie 35

**W**

Wachstum,  
   qualitatives 9, 22  
 Waffenexporte 14, 15  
 Waldsterben 51, 53  
 Währungssystem,  
   europäisches 23  
 Währungszone,  
   europäische 23, 43  
 Wein 62  
 Weltwirtschaft 9  
 Wettrüsten 13

**Z**

Zentralisierung 68  
 Zusammenarbeit 71, 72  
 Zusammenarbeit,  
   kulturelle 71  
   zwischen den beiden Tei-  
   len Europas 71



Agrarpolitik  
 Bestell-Nr. 390 335



Entwicklungspolitik  
 Bestell-Nr. 390 345



Umweltpolitik  
 Bestell-Nr. 390 355



Die Rechte der Frau  
 Bestell-Nr. 390 365



Verbraucherpolitik  
 Bestell-Nr. 390 385



Sozialistische Fraktion  
 Bestell-Nr. 390 505

Ich möchte mich weiter informieren und bin besonders an folgenden Themen interessiert:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

SPD Parteivorstand  
 Referat Produktion und Vertrieb, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1